

Der Krise trotzen: 90 Fragen – 90 Antworten

**Handlungsempfehlungen
zur Resilienzstärkung und
zum Krisensmanagement
für Landkreise und Städte und Gemeinden
mit Praxistipps zur Bewältigung
einer Trinkwassermangelkrise**

Vorwort

Diese Handlungsempfehlungen soll Landkreisen und Städten und Kommunen helfen, in der Ära der Polykrise ihre Resilienz zu stärken und ihr Krisenmanagement zu verbessern. Dabei geht es vor allem um die Frage, wie die Verwaltungsstrukturen so verändern werden können, dass Landkreise resilienter werden. Grundansatz dabei wiederum ist die Erkenntnis, dass im Zeitalter der Polykrise die Ansätze eines überkommenen Verwaltungsdenken, das nur den Zustand des normalen Verwaltungshandelns und dem Katastrophenfall kennt, nicht mehr zeitgemäß ist. Um die Verwaltung resilienter zu machen, braucht es eines Krisenmanagements, das zwischen Normalverwaltungsfall und Katastrophenfall angesiedelt ist und das die Dimensionen Resilienz, Kommunikation und Stakeholdermanagement miteinander vereint. Vertieft und bebeispielt wurden die Erkenntnisse anhand des Krisenmanagements bei einer Trinkwassermangelkrise, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landkreises Leipzig während eines Workshops im Sommer 2025 wichtige Hinweise geliefert haben.

KAPITEL I

EINFÜHRENDE FRAGEN

Frage 1:

Wozu dienen diese Handlungsempfehlungen?

Diese Handlungsempfehlungen sollen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Landkreisen und Städten und Gemeinden in Deutschland und ihren Partnern helfen, sich auf die Krisen, die keine Katastrophen oder noch keine Katastrophen sind, vorzubereiten, sie im Krisenfall zu handeln und bereits vor einem Ereignis Kommunikationsresilienz für eine mögliche Krise aufzustellen.

Diese Handlungsempfehlungen verfolgen ein zweifaches Ziel: Es stellt zum einen strategische Überlegungen darüber an, wie sich Landkreis und Städte und Gemeinden und ihre Partner im Rahmen ihres Krisenmanagements und ihrer Organisationskommunikation systematisch und koordiniert auf Krisen vorbereiten können. Damit hilft es bei der strategischen Planung und Strategieerstellung.

Es dient zum zweiten auf der taktischen Ebene als Maßnahmenkatalog, wie eine Trinkwassermangellagekrise vom Krisenmanagement und von der Krisenkommunikation gehandelt werden kann. Dabei fungieren diese Handlungsempfehlungen nur als ein erster Ideenlieferant für das Weiterdenken von spezifischen Maßnahmen. Denn Jeder Landkreis und jede Stadt und jede Gemeinde ist anders aufgestellt und hat andere Voraussetzungen und auch Möglichkeiten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind aufgefordert, im Rahmen präventiven Krisenmanagements und präventiver Krisenkommunikation kreativ zu sein und geeignete Maßnahmen zu entwickeln, die passgenau für ihre Anforderungen sind.

Frage 2:

Nach welcher Methode arbeiten diese Empfehlungen?

Diese Handlungsempfehlungen arbeiten nach der FAQ-Methode. FAQ steht für Frequently Asked Questions. Die Abfolge von Frage und Antwort ist ein strukturiertes Kommunikationsinstrument, bei dem häufig gestellte Fragen zu einem Thema gesammelt und mit klaren, verständlichen Antworten versehen werden. Sie dient dazu,

Informationen systematisch bereitzustellen, typische Missverständnisse zu vermeiden und den Kommunikationsaufwand zu reduzieren.

Die Anwendung der FAQ-Methode hat den Vorteil, dass jemand, der sich informieren möchte schnell und gezielt die Informationen erhält, die er haben möchte. Ein Lesebeginn und damit Informationsbeginn ist an fast jeder Stelle möglich. Die Fragen sind zum großen Teil als in sich geschlossene Kapitel angelegt. So kommt es, dass viele Informationen und auch Ideen an vielen Stellen anzutreffen. Diese Redundanz ist bewusst gewählt.

Diese Handlungsempfehlungen sind in die sechs thematischen Kapitel Resilienz, Krisenmanagement, Stakeholdermanagement, Kommunikation, Trinkwassermangelkrise und Praxistipps zur Bewältigung einer Trinkwassermangelkrise gegliedert.

Frage 3:

Warum sind diese Handlungsempfehlungen entstanden?

Diese Handlungsempfehlungen sind im Rahmen des Projektes „Gestaltung resilienter Infrastrukturen im Landkreis Leipzig“ als eine von elf Regionen des Modellvorhabens „Resiliente Regionen“ des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen entstanden. Ziel ist es, den Landkreis auf Krisen vorzubereiten und widerstandsfähiger zu machen und Verwaltungsstrukturen zu entwickeln, mit denen zukünftig Krisen gemeistert werden können.

Die Handlungsempfehlungen sind Teil eines umfassenden Plans zur Entwicklung eines resilienten, regional abgestimmten Krisenmanagements nicht nur für den Landkreis Leipzig, sondern auch für andere Landkreise und Städte und Gemeinden und ihre Partner in Deutschland.

Es dient als Pilotprojekt dazu, raumbezogene Risiken zu analysieren, Handlungsoptionen zu priorisieren und kommunale sowie privatwirtschaftliche Akteure besser zu vernetzen. So soll im Krisenfall eine schnelle, effektive Reaktion möglich sein – gestützt auf belastbare Daten, klare Zuständigkeiten und praktikable Maßnahmen. Die Handlungsempfehlungen sind somit ein zentrales Instrument zur Sicherung der Daseinsvorsorge und zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in deutschen Landkreisen und Städten und Gemeinden.

Frage 4:

Für wen sind diese Handlungsempfehlungen gedacht?

Diese Handlungsempfehlungen sind in erster Linie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Landkreisen und Städten und Gemeinden und ihren Partnern gedacht, die ihre Organisationen auf Krisen vorbereiten möchten. Deshalb sind sie aus ihrer Sicht geschrieben. Dennoch enthält es natürlich viele Informationen, die auch für andere Stakeholder interessant sein können. Es ist auch bewusst so angelegt, dass es als Informationssteinbruch genutzt werden kann. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Landkreisen und Städten und Gemeinden und Partnern, die beispielsweise eine Informationsbroschüre für ihre Bevölkerung machen wollen, finden hier bereits Informationen, die auch in eine Broschüre gehören. Dieser inhärente Multizielgruppenansatz ist bewusst gewählt.

Frage 5:

Warum benutzen diese Handlungsempfehlungen ganz bewusst den Begriff Bevölkerung?

Der Begriff Bevölkerung bezeichnet im allgemeinen Sinne die Gesamtheit der Menschen, die in einem bestimmten geografischen Gebiet leben – etwa in einer Gemeinde, einem Landkreis, einem Bundesland oder einem Staat. In der Katastrophen- und Krisenvorsorge beschreibt Bevölkerung primär jene Gruppe, die nicht zu den staatlichen Stellen, Institutionen oder wirtschaftlich-organisierten Akteuren gehört, aber dennoch direkt von den Auswirkungen einer Krise betroffen ist – und im besten Fall zur Bewältigung beitragen kann.

Dabei ist die Bevölkerung keineswegs als homogene Masse zu verstehen. Sie setzt sich aus unterschiedlichen Gruppen mit sehr unterschiedlichen Bedürfnissen, Fähigkeiten und Ressourcen zusammen. Dazu zählen Kinder, Erwachsene, Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen, Familien, Alleinlebende, Menschen mit Sprachbarrieren, aber auch Personen mit speziellen Kompetenzen, etwa Ärztinnen, Handwerker, Pflegekräfte oder Ehrenamtliche.

Im Rahmen des Bevölkerungsschutzes ist die Bevölkerung zugleich Schutzobjekt und Sicherheitsakteur. Das bedeutet: Einerseits gilt es, die Menschen bestmöglich vor den

Auswirkungen von Krisen zu schützen. Andererseits wird erwartet – und ist notwendig –, dass die Bevölkerung selbst aktiv zur Selbsthilfe, zur Solidarität mit anderen und zur Entlastung der Einsatzkräfte beiträgt. Moderne Sicherheitsstrategien wie das Whole-of-Society-Konzept oder der resilienzbasierte Bevölkerungsschutz setzen deshalb auf die Bevölkerung nicht nur als Betroffene, sondern auch als Mitwirkende im Sinne einer gesamtgesellschaftlichen Sicherheitsarchitektur.

Frage 6:

Was ist der Unterschied zwischen Bürgern und Bevölkerung?

In der partizipationsfokussierten Verwaltungskommunikation ist die bewusste Wahl von Begriffen entscheidend – insbesondere, wenn es darum geht, wie staatliche Akteure mit der Gesellschaft kommunizieren. Zwei zentrale Begriffe, die dabei häufig verwendet werden, sind Bevölkerung und Bürger bzw. Bürgerinnen und Bürger. Beide haben unterschiedliche Bedeutungsdimensionen und sprechen verschiedene Rollenbilder an.

Der Begriff Bürger trägt eine stärkere normative und staatsrechtliche Bedeutung. Er bezieht sich in der Regel auf Personen, die die Staatsangehörigkeit eines Landes besitzen und dadurch bestimmte Rechte und Pflichten innehaben – etwa das Wahlrecht, die Steuerpflicht oder den Zugang zu öffentlichen Ämtern. Bürgerinnen und Bürger werden als politische Subjekte verstanden, die Verantwortung übernehmen, mitgestalten und in einem demokratischen Gemeinwesen aktiv teilhaben sollen. In politischen Kontexten – etwa in Reden oder Kampagnen – wird häufig vom „mündigen Bürger“ gesprochen, der nicht nur Empfänger staatlicher Leistungen ist, sondern auch Verantwortung für das Gemeinwesen trägt.

Gerade in Krisensituationen wird dieser Begriff gezielt verwendet, um Appelle an Solidarität, Eigenverantwortung oder aktives Mitwirken zu richten. Bürger sollen nicht bloß als passive Betroffene wahrgenommen werden, sondern als adressierbare, handlungsfähige Akteure, die zum Gelingen der Krisenbewältigung beitragen können – etwa durch Vorsorge, Nachbarschaftshilfe oder Beteiligung an kommunalen Schutzmaßnahmen.

Im Unterschied dazu ist der Begriff Bevölkerung eher deskriptiv und geografisch geprägt. Er beschreibt alle Menschen, die sich in einem bestimmten Gebiet aufhalten

– unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit oder ihrem rechtlichen Status. In der Verwaltung, Statistik oder im Katastrophenschutz ist dieser Begriff gängig, weil er eine neutrale und umfassende Perspektive auf die Gesamtheit der Menschen im Wirkungsbereich staatlichen Handelns ermöglicht. Im Krisenfall wird die Bevölkerung vorrangig als Schutzobjekt oder Zielgruppe von Maßnahmen angesprochen – als Menschen, die betroffen, zu schützen oder zu versorgen sind.

Frage 7:

Was sind Kritische Infrastrukturen?

Kritische Infrastrukturen (KRITIS) sind Organisationen und Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltige Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen nach sich ziehen würden.

Gemäß § 2 Absatz 10 des BSI-Gesetzes (BSIG) sind kritische Infrastrukturen: „Einrichtungen, Anlagen oder Teile davon in den Sektoren Energie, Informationstechnik und Telekommunikation, Transport und Verkehr, Gesundheit, Wasser, Ernährung, Finanz- und Versicherungswesen sowie Staat und Verwaltung, die von hoher Bedeutung für das Funktionieren des Gemeinwesens sind.“

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) unterteilen KRITIS in neun Sektoren: (1) Energie (Strom-, Gas-, Ölversorgung), (2) Wasser (Trinkwasserversorgung, Abwasserentsorgung), (3) Ernährung (Lebensmittelproduktion, -verarbeitung, -handel), (4) Informationstechnik und Telekommunikation (Internet, Mobilfunk, Datennetze), (5) Gesundheit (Krankenhäuser, Apotheken, Labore, Impfstoffherstellung), (6) Transport und Verkehr (Bahn, Flugverkehr, Häfen, Logistik), (7) Finanz- und Versicherungswesen (Banken, Börsen, Zahlungssysteme) (8) Staat und Verwaltung (Behörden, Parlamente, Polizei, Justiz) und (9) Medien und Kultur (Presse, Rundfunk, Informationsverbreitung)

KAPITEL II

RESILIENZ

Frage 8:

Was bedeutet Resilienz?

Der Begriff Resilienz stammt ursprünglich aus der Werkstoffphysik und beschreibt die Fähigkeit eines Materials, nach starker Verformung oder Belastung wieder in seinen ursprünglichen Zustand zurückzukehren. Materialien, die sich trotz extremer Spannung nicht dauerhaft verformen oder beschädigt werden, sondern ihre ursprüngliche Form wiedererlangen, gelten als resilient. Ein anschauliches Beispiel hierfür ist ein Tennisball: Wenn er auf den Boden aufprallt, entsteht durch den Aufprall zunächst eine Delle. Doch unmittelbar danach nimmt der Ball wieder seine runde Form an – er „federt“ zurück. Dieses Verhalten veranschaulicht auf einfache Weise, was Resilienz bedeutet: die Fähigkeit, Belastungen standzuhalten und sich rasch zu erholen.

Frage 9:

Warum ist Resilienz auf einmal so ein Modewort?

Der Begriff Resilienz ist in den letzten Jahren zu einem regelrechten Modewort geworden – und das aus gutem Grund. In einer Welt, die von zunehmender Komplexität, Unsicherheit und Krisenanfälligkeit geprägt ist, gewinnt die Fähigkeit, mit Störungen umzugehen und gestärkt daraus hervorzugehen, in nahezu allen Lebens- und Arbeitsbereichen an Bedeutung. Resilienz beschreibt dabei nicht nur individuelles Durchhaltevermögen, sondern ist ein interdisziplinäres Konzept, das in verschiedensten Fachrichtungen zentrale Relevanz erlangt hat.

In der Systemtheorie versteht man unter Resilienz die Fähigkeit eines Systems zum Selbsterhalt – also dazu, seine wesentlichen Funktionen trotz Störungen aufrechtzuerhalten. Die Ingenieurwissenschaften nutzen den Begriff, um die Robustheit technischer Systeme zu beschreiben: Ein resilient konstruiertes System soll bei einem Teilausfall nicht komplett versagen, sondern weiterhin funktionieren oder sich rasch wiederherstellen lassen.

Auch in der Biologie ist Resilienz ein zentrales Konzept: Ein Ökosystem gilt als resilient, wenn es nach einer Störung – etwa einem Waldbrand oder einer Überschwemmung – in der Lage ist, sich zu regenerieren und seinen ursprünglichen Zustand oder eine stabile neue Balance zu erreichen. In der Soziologie wiederum beschreibt Resilienz die Fähigkeit von Gesellschaften, externe Schocks und Herausforderungen – wie Pandemien, politische Umbrüche oder wirtschaftliche Krisen – zu verkraften, ohne dabei in ihren Grundstrukturen zu zerfallen.

Besonders an Bedeutung gewonnen hat der Begriff in der Organisationsforschung. Hier beschreibt Resilienz die systematische Widerstandsfähigkeit von Unternehmen und Institutionen gegenüber Störungen, Notfällen, Krisen und Katastrophen. Organisationale Resilienz zielt darauf ab, nicht nur kurzfristige Krisen zu überstehen, sondern auch langfristig anpassungs- und überlebensfähig zu bleiben.

Resilienz ist deshalb zum Modewort geworden, weil es ein zentrales Prinzip für das Überleben und die Weiterentwicklung in unsicheren Zeiten verkörpert – ganz gleich, ob es sich um technische, ökologische, soziale oder wirtschaftliche Systeme handelt.

Frage 10:

Welche Ebenen von Resilienz gibt es?

Resilienz lässt sich auf unterschiedlichen Ebenen betrachten, da sie in verschiedensten Kontexten eine zentrale Rolle spielt – von der einzelnen Person bis hin zu komplexen Systemen wie Staaten oder Gesellschaften. Jede Ebene bringt dabei eigene Herausforderungen und Mechanismen mit sich, wie mit Belastungen, Krisen und Veränderungen umgegangen wird:

Die Eben der individuellen Resilienz beschreibt die psychische Widerstandskraft eines einzelnen Menschen. Individuelle Resilienz zeigt sich in der Fähigkeit, schwierige Lebenssituationen – etwa Krankheit, Verlust, berufliche Krisen oder traumatische Ereignisse – zu bewältigen, ohne langfristig Schaden zu nehmen. Resiliente Menschen besitzen unter anderem Selbstwirksamkeit, emotionale Stabilität, Optimismus und Problemlösefähigkeit. Diese Eigenschaften helfen ihnen, Rückschläge zu verarbeiten, sich anzupassen und sogar gestärkt aus Krisen hervorzugehen.

Team-Resilienz dagegen bezieht sich auf die kollektive Widerstandskraft einer Gruppe. Teams, die resilient sind, zeichnen sich durch Vertrauen, offene Kommunikation, gegenseitige Unterstützung und gemeinsame Werte aus. Sie sind in der Lage, Konflikte konstruktiv zu lösen, gemeinsam kreative Lösungen zu entwickeln und sich auch unter Druck handlungsfähig zu organisieren. In kritischen Situationen trägt die Dynamik im Team maßgeblich zur Stabilität und Leistungsfähigkeit bei.

Organisationale Resilienz bezeichnet die Fähigkeit eines Unternehmens oder einer Institution, auf unerwartete Störungen – wie wirtschaftliche Einbrüche, Lieferkettenprobleme, Cyberangriffe oder Krisenereignisse – flexibel, lernfähig und strategisch zu reagieren. Solche Organisationen verfügen über robuste Strukturen, eine resilienzfördernde Führung, klare Krisenprozesse und eine Kultur des kontinuierlichen Lernens. Ziel ist es nicht nur, kurzfristige Krisen zu überstehen, sondern langfristig anpassungsfähig und zukunftsfähig zu bleiben.

Systemresilienz bezeichnet die Fähigkeit eines komplexen Systems – z. B. einer Organisation, Gesellschaft oder Infrastruktur –, trotz Störungen, Krisen oder Schocks funktionsfähig zu bleiben, sich anzupassen und gegebenenfalls in einen stabilen Zustand zurückzukehren oder sich weiterzuentwickeln. Sie umfasst Robustheit, Anpassungsfähigkeit und Lernfähigkeit des gesamten Systems

Frage 11:

Was versteht man unter Krisenresilienz?

Krisenresilienz bezeichnet die Fähigkeit von Individuen, Organisationen oder Systemen, akute Krisen nicht nur zu überstehen, sondern daraus Handlungsfähigkeit, Lernprozesse und langfristige Stabilität zu entwickeln. Im Gegensatz zur allgemeinen Resilienz, die auch alltägliche Belastungen umfasst, richtet sich Krisenresilienz gezielt auf den Umgang mit plötzlichen, tiefgreifenden und bedrohlichen Ereignissen – wie Naturkatastrophen, Pandemien, Cyberangriffen oder Reputationskrisen.

Ein krisenresilientes System erkennt Risiken frühzeitig, reagiert schnell und koordiniert im Ereignisfall und ist in der Lage, aus der Krise zu lernen, um künftige Störungen besser zu bewältigen. Sie verbindet also Robustheit, Anpassungsfähigkeit und Lernbereitschaft unter extremen Bedingungen.

Frage 12:

Was ist die Kompetenztrias der Krisenresilienz?

Die Kompetenztrias der Krisenresilienz beschreibt drei zentrale Fähigkeiten, die notwendig sind, um Krisen erfolgreich zu überstehen und gestärkt daraus hervorzugehen: Widerstandsfähigkeit, Bewältigungsfähigkeit und Kooperationsfähigkeit. Sie bildet das Fundament eines resilienten Umgangs mit außergewöhnlichen Belastungssituationen – auf individueller, organisationaler oder gesellschaftlicher Ebene.

Die Widerstandsfähigkeit ist die Fähigkeit, äußeren Schocks standzuhalten, ohne sofort destabilisiert zu werden. Widerstandsfähige Personen oder Systeme verfügen über tragfähige Grundstrukturen, klare Werte, psychische Stärke oder funktionierende Basissysteme, die auch unter Druck funktionsfähig bleiben. Sie schaffen die nötige Stabilität in der akuten Krise.

Die Bewältigungsfähigkeit ist die aktive Auseinandersetzung mit der Krise, das Entwickeln von Lösungen und das flexible Anpassen an neue Umstände. Bewältigungsfähige Akteure analysieren die Lage, lernen schnell, passen ihre Strategien an und handeln entschlossen – selbst unter Unsicherheit. Sie sorgen dafür, dass die Krise nicht zur Lähmung, sondern zum Lernprozess wird.

In komplexen Krisen ist niemand allein erfolgreich. Kooperationsfähigkeit bedeutet, vertrauensvoll und effizient mit anderen zusammenzuarbeiten – innerhalb eines Teams, über Abteilungsgrenzen hinweg oder im Zusammenspiel mit externen Partnern. Der Aufbau von Netzwerken, gegenseitigem Vertrauen und klarer Kommunikation ist entscheidend für koordinierte, wirksame Krisenbewältigung.

Die Kompetenztrias aus Widerstandsfähigkeit, Bewältigungsfähigkeit und Kooperationsfähigkeit bildet das Herzstück krisenresilienten Handelns. Nur wenn alle drei Kompetenzen zusammenspielen, gelingt es, Krisen nicht nur zu überleben, sondern als Impuls für Weiterentwicklung und Zukunftssicherung zu nutzen.

Frage 13:

Wie muss man sich die drei Begriffe in der praktischen Umsetzung vorstellen?

Um die Kompetenztrias der Krisenresilienz – also Widerstandsfähigkeit, Bewältigungsfähigkeit und Kooperationsfähigkeit – greifbar zu machen, helfen anschauliche Bilder aus der Praxis. Ein besonders treffendes Beispiel ist der Umgang mit einem Deich und der Gefahr eines Deichbruchs.

Je besser ein Deich gebaut und regelmäßig gepflegt wird, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass er bricht. Gute Planung, stabile Materialien und kontinuierliche Wartung sorgen dafür, dass der Deich auch bei Sturmfluten oder Hochwasser standhält. Dieses Bild steht sinnbildlich für die Widerstandsfähigkeit: Wer gut vorsorgt, Strukturen stärkt und Risiken reduziert, schafft die Grundlage dafür, Krisen möglichst gar nicht erst entstehen zu lassen.

Doch selbst der beste Deich kann unter extremen Bedingungen brechen. Deshalb ist es notwendig, auf den Ernstfall vorbereitet zu sein – mit Notfallplänen, Evakuierungsstrategien und eingespielten Abläufen für den Krisenfall. Dies beschreibt die Bewältigungsfähigkeit: die Fähigkeit, auch dann handlungsfähig zu bleiben, wenn der Schaden bereits eingetreten ist, und die Krise effektiv zu managen.

Und schließlich braucht es Menschen, die bereit sind, gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Der plattdeutsche Spruch „*De nich will dieken, mutt wieken*“ – wer nicht mithelfen will, den Deich zu bauen, muss weichen – bringt auf den Punkt, was Kooperationsfähigkeit bedeutet: Nur durch Zusammenarbeit, geteilte Verantwortung und gegenseitige Unterstützung kann kollektive Resilienz entstehen.

Insgesamt zeigt dieses Beispiel: Resilienz ist keine einzelne Fähigkeit, sondern ein Zusammenspiel aus Vorsorge, Reaktion und Zusammenarbeit. Wer diese drei Elemente miteinander verbindet, ist besser gewappnet für die Herausforderungen der Zukunft.

Frage 14:

Was ist Widerstandsfähigkeit?

Widerstandsfähigkeit ist die Fähigkeit einer Organisation, bereits im Vorfeld auf mögliche Krisen vorbereitet zu sein und ihre Strukturen so zu gestalten, dass sie

Belastungen besser standhalten kann. Sie ist präventiv ausgerichtet und zielt darauf ab, die bestehenden Alltagsprozesse systematisch im Hinblick auf potenzielle Störungen oder Krisenszenarien zu stärken.

Im Zentrum steht dabei die Auseinandersetzung mit antizipierten Ereignissen – also mit Risiken und Herausforderungen, die als möglich oder wahrscheinlich gelten. Durch vorausschauendes Denken, Risikobewertung und präventive Maßnahmen wird das Widerstandsniveau der Organisation gezielt erhöht. Das bedeutet: Systeme, Abläufe und Ressourcen werden so robust und stabil gestaltet, dass sie auch unter Druck oder in Ausnahmesituationen funktionsfähig bleiben.

Widerstandsfähigkeit schafft somit die Grundlage für Resilienz – sie ist der „starke Deich“, der verhindert, dass es überhaupt zur Krise kommt.

Frage 15:

Was ist Bewältigungsfähigkeit?

Bewältigungsfähigkeit ist die Fähigkeit einer Organisation, in akuten Krisensituationen schnell, wirksam und zielgerichtet zu handeln. Sie ist reaktiv ausgerichtet und zielt darauf ab, die Organisation auch dann handlungsfähig zu halten, wenn Störungen bereits eingetreten sind – unabhängig davon, ob diese vorhersehbar oder völlig unerwartet waren.

Im Fokus steht die Stärkung des operativen Krisenmanagements: Notfallpläne, Entscheidungsstrukturen, klare Verantwortlichkeiten und eingespielte Abläufe ermöglichen es, unter Druck schnell zu reagieren, Schaden zu begrenzen und den Betrieb möglichst rasch zu stabilisieren.

Ziel der Bewältigungsfähigkeit ist es, das Bewältigungsniveau der Organisation zu erhöhen – also ihre Fähigkeit, auf verschiedene Arten von Krisen flexibel, professionell und robust zu reagieren. Sie ergänzt damit die Widerstandsfähigkeit: Wenn der „Deich“ bricht, sorgt die Bewältigungsfähigkeit dafür, dass die Organisation nicht im Chaos versinkt, sondern wirksam gegensteuern kann.

Frage 16:

Was ist Kooperationsfähigkeit?

Kooperationsfähigkeit ist die Fähigkeit einer Organisation, in normalen Zeiten wie auch in der Krise wirksam mit internen und externen Partnern zusammenzuarbeiten. Sie ist sowohl präventiv als auch reaktiv ausgerichtet und spielt eine zentrale Rolle im Aufbau und Erhalt von Resilienz. Denn in kritischen Momenten zählt nicht nur, was man weiß oder kann – sondern auch, wen man kennt und mit wem man vertrauensvoll zusammenarbeiten kann.

Kooperationsfähigkeit bedeutet, Alltagsprozesse so zu gestalten, dass Vertrauen, Kommunikationswege und Verantwortlichkeiten zwischen relevanten Akteuren bereits im Vorfeld etabliert sind. Gleichzeitig muss sie im Krisenfall ermöglichen, schnell und abgestimmt zu handeln, Informationen auszutauschen, Hilfe anzunehmen oder Ressourcen zu teilen – sowohl innerhalb der Organisation als auch mit Behörden, Dienstleistern, Partnern oder der Öffentlichkeit.

Sie bezieht sich auf sowohl antizipierte als auch unerwartete Ereignisse und soll das Kooperationsniveau der Organisation gezielt erhöhen. Ziel ist ein belastbares Netzwerk von Menschen, Rollen und Institutionen, das in der Krise trägt – denn wer in der Krise erst anfängt, Zuständigkeiten zu klären oder Kontakte aufzubauen, hat wertvolle Zeit bereits verloren.

Frage 17:

Was meint der Ausdruck „vor der Krise Köpfe kennen“?

Der Ausdruck „vor der Krise Köpfe kennen“ bedeutet, dass im Vorfeld einer Krise bereits klare persönliche Kontakte und vertrauensvolle Beziehungen zu relevanten Akteuren aufgebaut werden sollten – sowohl innerhalb der eigenen Organisation als auch zu externen Partnern wie Behörden, Einsatzkräften, Dienstleistern oder anderen Unternehmen.

In einer akuten Krisensituation kommt es auf schnelle, abgestimmte und belastbare Kommunikation und Zusammenarbeit an. Wenn man dann schon weiß, wer zuständig ist, wie die andere Person denkt und arbeitet, und man sich bereits vertraut, lassen

sich Missverständnisse, Reibungsverluste und unnötige Verzögerungen vermeiden. Die Kooperation ist effizienter, zielgerichteter und oft auch lösungsorientierter.

Kurz gesagt: Wer in ruhigen Zeiten persönliche Netzwerke aufbaut, kennt in der Krise nicht nur Titel und Telefonnummern, sondern Menschen, mit denen man direkt ins Handeln kommen kann – und genau das ist ein entscheidender Resilienzfaktor.

Frage 18:

Wie kann ich Resilienz operationalisierbar machen?

Die Kompetenztrias der Resilienz – bestehend aus Widerstandsfähigkeit, Bewältigungsfähigkeit und Kooperationsfähigkeit – bildet ein zentrales strategisches Rahmenwerk für die Vorbereitung eines Landkreises oder einer Kommune auf eine Krise. Jede dieser drei Kompetenzen trägt auf spezifische Weise dazu bei, die Auswirkungen eines längerfristigen, großflächigen Stromausfalls besser zu bewältigen und die Handlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten.

In der Vorsorgephase einer Krise, der Phase der Prävention, geht es um die Erhöhung der Widerstandsfähigkeit und darum, durch Planung, Vorsorge und technische sowie organisatorische Maßnahmen die Anfälligkeit zu verringern. Für einen Landkreis oder eine Kommune bedeutet das: Kritische Infrastrukturen wie Leitstellen, Krankenhäuser, Kläranlagen, Verwaltung müssen ausgerüstet sein. Kommunale Notfallpläne sollten regelmäßig aktualisiert werden. Bevölkerungsschutzkonzepte, inklusive Information zur Eigenvorsorge, müssen frühzeitig greifen. Verwaltungen müssen in der Lage sein, auch im Inselbetrieb zu arbeiten. Ziel ist es, das System so zu stärken, dass es im Vorfeld stabiler auf Störungen reagieren kann, also nicht sofort zusammenbricht.

Da selbst die beste Vorsorge den Eintritt einer Krise nicht ausschließen kann, braucht es klare Strategien und Strukturen für den akuten Krisenfall. Wichtig ist, die Bewältigungsfähigkeit zu erhöhen: Krisenstäbe auf Landkreisebene und in Städten und Gemeinden müssen arbeitsfähig sein. Einsatzkräfte und Verwaltungspersonal sollten für den Betrieb unter Ausnahmebedingungen geschult und vorbereitet sein. Entscheidungen müssen auch unter Zeitdruck und mit unsicherer Informationslage möglich sein. Ziel ist hier, trotz einer Krise handlungsfähig zu bleiben, Leben zu schützen und zentrale Grundfunktionen aufrechtzuerhalten.

Eine Krise betrifft immer mehrere Ebenen – über Gemeinde-, Landkreis- und Ländergrenzen hinweg. Deshalb ist Kooperationsfähigkeit entscheidend: Absprachen und Netzwerke zwischen Landkreisen, Städten und Gemeinden, Hilfsorganisationen, und Behörden müssen im Vorfeld etabliert sein. Es braucht Verbindungsbeamte, gemeinsame Übungen und abgestimmte Kommunikationsstrukturen. Die Bevölkerung sollte informiert, eingebunden und aktiviert werden – z. B. durch ehrenamtliche Strukturen, Nachbarschaftshilfe oder Bürgerengagement. Auch Kooperation mit regionaler Wirtschaft wie Supermärkte, Logistik, Tankstellen) spielt eine Rolle, um kritische Güter zu sichern.

Nur wenn Menschen, Rollen und Institutionen schon vor der Krise miteinander vertraut sind, funktioniert die Zusammenarbeit unter Stress – ganz nach dem Prinzip: „*Vor der Krise Köpfe kennen.*“ Für die Vorbereitung auf eine Krise sind Widerstandsfähigkeit, Bewältigungsfähigkeit und Kooperationsfähigkeit keine theoretischen Konzepte, sondern konkrete Handlungsfelder. Sie zeigen: Es reicht nicht, Technik bereitzustellen oder Pläne zu schreiben. Entscheidend ist, dass ein Landkreis oder eine Kommune systemisch denkt, vernetzt handelt und realitätsnah vorbereitet ist – um auch unter Extrembedingungen für Sicherheit, Ordnung und Versorgung sorgen zu können.

KAPITEL III

KRISENMANAGEMENT

Frage 19:

Was ist eine Krise?

Eine Krise ist ein außergewöhnliches Ereignis oder eine tiefgreifende Entwicklung, die den gewohnten Zustand von Individuen, Organisationen oder Gesellschaften massiv erschüttert. Sie bringt eine erhebliche Störung der normalen Abläufe mit sich und erfordert schnelles, entschlossenes Handeln unter Bedingungen großer Unsicherheit. Typisch für eine Krise ist, dass sie entweder plötzlich eintritt – etwa durch ein Unglück, einen Skandal oder eine Naturkatastrophe – oder sich schleichend entwickelt, wie bei gesellschaftlichen Spannungen oder sich zuspitzenden wirtschaftlichen Problemen. In beiden Fällen geraten bestehende Routinen und Entscheidungsmuster an ihre Grenzen oder versagen ganz.

Krisen zeichnen sich durch mehrere Merkmale aus: Sie kommen oft überraschend, erzeugen erheblichen Zeitdruck und gehen mit einem hohen Maß an Unsicherheit einher, da Informationen zu Beginn meist unvollständig, widersprüchlich oder nicht belastbar sind. Sie bedrohen zentrale Werte, Ressourcen oder sogar die Existenz eines Systems – sei es ein Unternehmen, eine Regierung oder ein Individuum. Gleichzeitig entfalten sie eine starke emotionale Dynamik: Angst, Stress, Empörung und Unsicherheit prägen die Wahrnehmung und das Handeln. Hinzu kommt meist ein enormer Kommunikationsdruck, insbesondere wenn Medien oder Öffentlichkeit schnelle Antworten fordern.

Krisen können ganz unterschiedliche Formen annehmen: persönliche Lebenskrisen, unternehmerische Krisen etwa durch Managementversagen oder Cyberangriffe, gesellschaftliche Krisen wie Pandemien oder politische Umwälzungen, sowie Umwelt- und Naturkatastrophen. Unabhängig vom konkreten Typ verlaufen viele Krisen in ähnlichen Phasen: Zunächst gibt es eine latente Phase, in der sich erste Warnzeichen zeigen, jedoch häufig ignoriert werden. Es folgt der Ausbruch, bei dem die Krise eskaliert und öffentliche Aufmerksamkeit erzeugt. In der akuten Phase erreicht die Dynamik ihren Höhepunkt – Unsicherheit und Handlungsdruck sind am größten. Danach beginnt die Bewältigung, in der sich Maßnahmen stabilisierend auswirken.

Schließlich erfolgt die Nachbereitung, in der die Krise aufgearbeitet und daraus gelernt wird.

Das Ziel eines wirksamen Krisenmanagements besteht darin, Schäden zu begrenzen, die Handlungsfähigkeit zu sichern und das Vertrauen interner wie externer Anspruchsgruppen zu erhalten oder zurückzugewinnen. Ebenso wichtig ist es, Lehren aus der Krise zu ziehen und präventive Strukturen für die Zukunft zu etablieren.

Frage 20:

Sind Krise Notfall, Störfall und Katastrophenfall dasselbe?

Störungen, Notfälle, Krisen und Katastrophen unterscheiden sich in ihrem Ausmaß und ihrer Wirkung auf Organisationen und Gesellschaft. Eine Störung bezeichnet einen kurzfristigen Ausfall von Prozessen oder Ressourcen mit geringem Schaden, der mit eigenen Mitteln behoben werden kann. Ein Störfall ist ein rechtlich definierter Begriff und unterliegt der Störfallverordnung. Ein Notfall geht darüber hinaus: Prozesse oder Ressourcen fallen länger aus, der Schaden ist hoch, oft muss externe Hilfe wie die Feuerwehr hinzugezogen werden. Eine Krise ist ein verschärfter Notfall, der die Existenz einer Organisation gefährden kann – sie betrifft vorrangig die betroffene Organisation selbst, kann aber auch als übergreifender Sammelbegriff für schwerwiegende Lagen verstanden werden. Eine Katastrophe schließlich ist ein großflächiges, zeitlich nicht klar begrenztes Schadensereignis, das staatliche Stellen offiziell ausrufen – geregelt z. B. im Feuerwehrgesetz.

Frage 21:

Was ist Krisenmanagement?

Krisenmanagement bezeichnet den systematischen Umgang mit außergewöhnlichen, bedrohlichen Ereignissen, die den normalen Ablauf in Organisationen, Unternehmen oder Institutionen erheblich stören können. Ziel des Krisenmanagements ist es, durch schnelles, koordiniertes und überlegtes Handeln Schäden zu begrenzen, die Kontrolle über die Situation zurückzugewinnen und die Handlungsfähigkeit zu sichern. Es umfasst sowohl präventive Maßnahmen (z. B. Risikoanalysen und Krisenpläne) als auch die reaktive Bewältigung im Ernstfall und die Nachbereitung, um aus der Krise

zu lernen und die Resilienz zu stärken. Zentrale Bestandteile sind die Bildung eines Krisenstabs, klare Kommunikationsprozesse und strukturierte Entscheidungswege.

Frage 22:

Was ist ein Krisenstab?

Ein Krisenstab ist ein zentrales Führungs- und Koordinierungsorgan, das in außergewöhnlichen Lagen wie Krisen, Katastrophen oder schweren betrieblichen Störungen eingesetzt wird. Er wird ad hoc oder auf Basis vorbereiteter Strukturen aktiviert, um schnell, abgestimmt und effizient Entscheidungen zu treffen und Maßnahmen zu steuern. Der Krisenstab übernimmt dabei sowohl die operative Leitung als auch die strategische Steuerung der Lage und verantwortet die gesamte interne und externe Kommunikation.

Zu den Hauptaufgaben eines Krisenstabs gehören die umfassende Bewertung der Lage durch das Sammeln und Strukturieren relevanter Informationen, die Entwicklung eines gemeinsamen Lagebilds sowie das Treffen und Umsetzen notwendiger Entscheidungen. Der Krisenstab koordiniert sämtliche involvierten Akteure und Ressourcen, sorgt für einen reibungslosen Informationsfluss innerhalb der Organisation und stellt die Kommunikation mit externen Anspruchsgruppen wie Behörden, Medien oder der Öffentlichkeit sicher. Ebenso gehört die lückenlose Dokumentation aller Maßnahmen und Entscheidungen zur Arbeit eines Krisenstabs.

Die Zusammensetzung eines Krisenstabs ist in der Regel interdisziplinär und richtet sich nach Art und Umfang der Krise. Neben einem Krisenstabsleiter gehören Fachberater aus Bereichen wie IT, Recht, Kommunikation, Produktion oder Personal ebenso dazu wie Stabsfunktionen für Lageerfassung, Planung und Dokumentation. Besonders wichtig ist die Rolle der Kommunikation – häufig wird ein Pressesprecher oder Kommunikationsverantwortlicher benannt, der die Öffentlichkeitsarbeit steuert.

Ein funktionierender Krisenstab ist ein zentraler Baustein für die Resilienz einer Organisation. Er ermöglicht es, auch unter Zeitdruck und Unsicherheit handlungsfähig zu bleiben, Schäden zu begrenzen, Reputationsverluste zu vermeiden und das Vertrauen von Mitarbeitenden und externen Stakeholdern zu erhalten. Damit ist der Krisenstab das Herzstück eines professionellen Krisenmanagements und unverzichtbar für jede Organisation, die sich auf den Ernstfall vorbereiten will.

Frage 23:

Was ist das Besondere an einem Krisenstab eines Landkreises?

Das Besondere an einem Krisenstab in Landkreisen gemäß der Feuerwehr-Dienstvorschrift 100 (FwDV 100) liegt in seiner organisatorischen Struktur, Funktionsweise und Aufgabenverteilung zur Bewältigung von Großschadenslagen und außergewöhnlichen Ereignissen, bei denen die regulären Einsatzkräfte an ihre Grenzen stoßen. Die FwDV 100 definiert dabei ein bundesweit einheitliches Führungssystem zur Koordination komplexer Lagen, das insbesondere in Landkreisen zur Anwendung kommt.

Der Krisenstab nach FwDV 100 ist kein operativer, sondern ein strategisch-taktischer Führungsstab. Seine Aufgabe ist es, die Gesamtlage zu bewerten, Entscheidungen zu treffen und den Einsatz der operativen Kräfte (z. B. Feuerwehr, Rettungsdienst, Technisches Hilfswerk, Polizei) zu unterstützen und zu koordinieren. Er agiert im Hintergrund und entlastet die Einsatzleitung vor Ort, etwa bei Katastrophen, Unwetterlagen, Pandemien oder großflächigen Stromausfällen.

Der Krisenstab ist in Fachfunktionen gegliedert, die klar definierte Aufgabenbereiche abdecken. Diese Gliederung orientiert sich am Führungs- und Stabsmodell der Feuerwehr und ermöglicht eine effektive Arbeitsteilung und Kommunikation. Geleitet wird der Krisenstab in der Regel vom Landrat oder einer von ihm beauftragten Führungskraft, die die Gesamtverantwortung trägt.

Besondere Merkmale im Landkreis-Kontext sind die interdisziplinäre Zusammensetzung: Neben Feuerwehrkräften sind auch Vertreter aus Verwaltung, Gesundheitsamt, Ordnungsbehörden, Katastrophenschutz, Polizei, Bundeswehr oder Energieversorgern eingebunden.

Desweiteren gehört zu den Besonderheiten die Einsatztiefe: Der Krisenstab übernimmt keine taktische Einsatzführung, sondern fokussiert sich auf ressourcenübergreifende Koordination, strategische Entscheidungen und Behördenführung.

Außerdem hält der Krisenstab Verbindung zur Katastrophenschutzbehörde: In Landkreisen ist die untere Katastrophenschutzbehörde organisatorisch angebunden, was den Krisenstab zur zentralen Führungsinstanz bei Katastrophenlagen macht.

Daneben gibt es auch eine besondere rechtliche Grundlage: Die Einsetzung eines Krisenstabs kann auch hoheitlich durch eine Katastrophenfeststellung erfolgen – dies schafft erweiterten Handlungsrahmen und Entscheidungsbefugnisse.

Ein Krisenstab im Landkreis nach FwDV 100 ist ein strategisches Führungsinstrument, das auf der klaren Aufgabenteilung eines standardisierten Stabsmodells basiert. Seine besondere Stärke liegt in der schnellen Lagebewertung, funktionsübergreifenden Zusammenarbeit und gezielten Unterstützung der operativen Kräfte. Durch die Integration verschiedener Fachbereiche und Behörden ist er in der Lage, auch komplexe Krisenlagen effizient zu steuern.

Frage 24:

Welche Arten von Krisen gibt es?

Es gibt verschiedene Arten von Krisen, die sich in ihrer Entstehungsgeschwindigkeit, ihrem Verlauf und ihrer Wirkung deutlich unterscheiden. Für das Krisenmanagement ist es entscheidend, diese Typen zu erkennen, um frühzeitig geeignete Maßnahmen ergreifen und angemessen kommunizieren zu können. Nachfolgend werden zentrale Krisentypen beschrieben, die sich insbesondere im Bereich der Risikokommunikation und strategischen Krisenbewältigung bewährt haben:

Da wären zum einen Fast Burning Crises. Diese Krisen zeichnen sich durch eine plötzliche, unerwartete Eskalation aus, die hohe mediale Aufmerksamkeit erzeugt und sofortige Reaktionen erfordert. Beispiele sind Industrieunfälle, Naturkatastrophen, Terroranschläge oder Cyberattacken. Charakteristisch ist der akute Entscheidungsdruck: Innerhalb kürzester Zeit müssen Informationen beschafft, bewertet und kommuniziert werden. Der Handlungsspielraum ist begrenzt, weshalb vorbereitete Notfall- und Kommunikationspläne hier besonders wichtig sind.

Da wären zum zweiten Slow Burning Crises. Im Gegensatz zu schockhaften Krisen wachsen diese Krisen schleichend und oft unterschätzt heran. Anfängliche Anzeichen werden möglicherweise übersehen oder bagatellisiert. Beispiele sind wirtschaftliche Schieflagen, Führungskonflikte, schleichender Reputationsverlust oder nicht behobene Compliance-Verstöße. Slow Burning Crises bieten theoretisch mehr Zeit zur Reaktion, setzen aber ein gutes Frühwarnsystem, Sensibilität und einen proaktiven Kommunikationsstil voraus, um Eskalationen zu vermeiden.

Und dann gibt es noch Creeping Crises. Diese Krisen beginnen mit einer oft unauffälligen Inkubationszeit. Nach einem sichtbaren Höhepunkt – etwa einem Skandal, einem öffentlichen Aufschrei oder einer Eskalation – verschwinden sie nicht sofort, sondern schwelen im Hintergrund weiter. Sie können über Monate oder sogar Jahre hinweg immer wieder aufflackern und erfordern ein langfristiges Reputationsmanagement. Beispiele sind politische Affären, Umweltbelastungen oder Missbrauchsskandale. Besonders herausfordernd ist, dass die öffentliche und mediale Aufmerksamkeit unvorhersehbar zurückkehren kann – etwa durch neue Enthüllungen oder Gerichtsurteile.

Außerdem kann man noch von Folgekrise als sekundäre Krisen als Reaktion auf das Krisenmanagement sprechen. Diese entstehen nicht aus dem ursprünglichen Ereignis, sondern aus dem ungeschickten oder fehlerhaften Umgang mit der ersten Krise. Mangelnde Transparenz, unpassende Tonalität, widersprüchliche Aussagen oder Verzögerungen in der Kommunikation können eine neue Welle der Empörung auslösen. Eine Folgekrise kann die ursprüngliche Krise verstärken, ihre Wirkung verlängern oder neue Zielgruppen negativ aktivieren. Daher ist ein professionelles Kommunikationsverhalten – insbesondere in der Frühphase – entscheidend, um Folgekrisen zu vermeiden.

Mitnahmekrisen wiederum sind indirekt ausgelöste oder opportunistisch genutzte Krisen, die sich an eine bestehende Hauptkrise anhängen. Akteure – zum Beispiel Aktivisten, Wettbewerber oder interne Interessengruppen – nutzen die Aufmerksamkeit der ursprünglichen Krise, um eigene Themen zu platzieren oder Konflikte zu eskalieren. Diese Krisenart verstärkt die Komplexität der Lage, da sie zusätzliche Dynamiken und oft auch neue Öffentlichkeiten mit sich bringt. Das Erkennen und die Separierung solcher Nebenkrisen ist für die Krisenstrategie essenziell, um die Übersicht zu behalten.

Frage 25:

Was bedeutet der Begriff Polykrise?

Polykrise, Multikrise und Stapelkrise beschreiben das Phänomen einer gleichzeitigen oder aufeinanderfolgenden Vielzahl von Krisen, die sich nicht nur addieren, sondern gegenseitig verstärken und verschärfen. Dabei verschwimmen die Grenzen zwischen

einzelnen Krisen – etwa Klimawandel, Energiekrise, geopolitischen Spannungen, wirtschaftlicher Instabilität, Pandemien oder gesellschaftlicher Polarisierung – und erzeugen ein dauerhaftes krisenhaftes Grundrauschen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Diese Krisenformen sind gekennzeichnet durch ihre Verwobenheit, Komplexität und Unvorhersehbarkeit. Sie erfordern neue Formen des Denkens und Handelns, da klassische, isolierte Krisenantworten oft nicht mehr ausreichen. In einer solchen Dauerkrise steigt der Druck auf Entscheidungsträger, Organisationen und die Gesellschaft insgesamt – sowohl emotional als auch strukturell. Krisenmanagement unter Bedingungen der Poly- oder Multikrise bedeutet daher: systemisch denken, vernetzt handeln und Resilienz ganzheitlich stärken.

Frage 25:

Warum reichen die bestehenden Krisenmanagementsysteme in Deutschland nicht mehr aus?

Die Krisenmanagementsysteme in Deutschland stoßen zunehmend an strukturelle und kulturelle Grenzen – nicht etwa, weil sie grundsätzlich schlecht aufgestellt wären, sondern weil sie für eine Welt gebaut wurden, in der Krisen als Ausnahmen galten. Doch die Realität hat sich verändert: Krisen sind nicht mehr seltene Ausnahmezustände, sondern entwickeln sich zunehmend zu einem permanenten Modus gesellschaftlicher Bewältigung. Ob Klimakrise, Pandemien, geopolitische Spannungen, Versorgungslücken, Cyberangriffe oder Extremwetter – all diese Lagen fordern eine neue Qualität staatlicher Handlungsfähigkeit. Und genau hier liegt die Schwäche des bisherigen Systems.

Im deutschen Verwaltungsdenken existiert eine strikte Trennung zwischen „Normalbetrieb“ und „Katastrophenfall“. Der Alltag ist von Routinen, Regeln, Zuständigkeiten und Hierarchie geprägt. Der Ausnahmezustand wird verwaltet, wenn das formale Katastrophenschutzrecht greift – also wenn die Lage so eskaliert ist, dass Sondersysteme aktiviert werden. Doch was fehlt, ist das Dazwischen: ein strukturell verankerter Modus, der ermöglicht, auf dynamische, vieldeutige oder schwelende

Krisenlagen flexibel, koordiniert und vorausschauend zu reagieren – ohne dass gleich der Katastrophenfall ausgerufen werden muss.

Die deutsche Verwaltung kennt bislang keine „Krise als Lageform“. Sie ist auf Prozesse optimiert, nicht auf Unsicherheit. Sie ist stark in Fachlichkeit, aber oft schwach in Vernetzung. Sie funktioniert bei klarer Gesetzeslage, gerät aber ins Schwimmen, wenn sich Lagen unklar, widersprüchlich oder in Wellen entfalten. In solchen Situationen fehlt ein institutionalisiertes „Krisenzwischenregime“ – also Strukturen, Rollen, Verfahren und Kompetenzen, die es ermöglichen, jenseits von Katastrophenschutz formal und praktisch handlungsfähig zu bleiben.

Solange Krisen nur als „Störung des Normalen“ gedacht werden, bleibt die Reaktion auf sie begrenzt auf Ad-hoc-Mechanismen. Doch wir leben längst in einer Zeit, in der Krisen das neue Normal sind. Darauf ist das bestehende System nicht ausgelegt – weder mental noch organisatorisch.

Frage 27:

Wie können sich Landkreise für die Krisenlagen der Zukunft besser rüsten?

Um für die komplexen Krisenlagen der Zukunft gewappnet zu sein, müssen Landkreise ein neues, drittes Krisenmanagement-Niveau etablieren – eines, das zwischen dem normalen Verwaltungshandeln und dem formalen Katastrophenfall angesiedelt ist. Es geht um eine strukturelle, mentale und kulturelle Erweiterung des Verwaltungshandelns: weg von der Logik „alles läuft geregelt – oder es ist Katastrophe“, hin zu einer dauerhaften Krisenbereitschaft als Führungsaufgabe.

Dieses neue Niveau des Krisenmanagements sollte als organisatorischer Zwischenmodus institutionalisiert werden: mit klaren Rollen, abgestimmten Verfahren, vorbereiteten Kommunikationswegen und einem Grundverständnis, dass Dynamik, Unsicherheit und Mehrdeutigkeit Teil moderner Verwaltungspraxis sind. Landkreise brauchen Krisenlagenzentrierte Stabsarbeit, auch ohne formale Ausrufung einer Katastrophe. Sie benötigen frühzeitige Indikatorensysteme, flexible Entscheidungsräume und sektorübergreifende Netzwerke, die auch im Vorfeld einer Eskalation handlungsfähig machen.

Gleichzeitig braucht es ein neues Verständnis von Resilienz: als strategisches Ziel, das sich in der Verwaltung, im politischen Handeln und in der Zusammenarbeit mit

Zivilgesellschaft und Wirtschaft wiederfindet. Resilienz bedeutet nicht nur technische Vorsorge, sondern vor allem Führungsstärke unter Unsicherheit, gute Kommunikation, Mut zur Entscheidung – und die Fähigkeit, aus jeder Krise zu lernen.

Ein zukunftsfähiger Landkreis denkt Krisenmanagement nicht als Ausnahmezustand, sondern als Teil der Daseinsvorsorge. Er ist vorbereitet, bevor es brennt. Er reagiert, bevor es eskaliert. Und er führt, wenn andere noch abwarten. So wird Krisenkompetenz zum Markenzeichen moderner öffentlicher Handlungsfähigkeit.

KAPITEL IV

STAKEHOLDERMANAGEMENT

Frage 28:

Was sind Stakeholder?

Stakeholder sind Personen, Gruppen oder Organisationen, die ein berechtigtes Interesse an einem bestimmten Vorhaben, Prozess oder Ereignis haben oder davon direkt oder indirekt betroffen sind. Im Krisenmanagement sind Stakeholder insbesondere diejenigen Akteure, die (1) von den Auswirkungen einer Krise betroffen sind wie Bürgerinnen und Bürger oder Unternehmen, die (2) Verantwortung im Umgang mit der Krise tragen wie Behörden oder Einsatzkräfte, die (3) zur Lösung beitragen können wie Experten oder Infrastrukturbetreiber oder die (4) Einfluss auf die öffentliche Meinung oder Entscheidungsprozesse haben wie Medien oder politische Akteure. Für einen Landkreis und Städten und Gemeinden ist es essenziell, frühzeitig relevante Stakeholder in das Krisenmanagement einzubeziehen, um die Handlungsfähigkeit zu sichern und koordiniert reagieren zu können.

Frage 29:

Was ist eine Stakeholderanalyse?

Die Stakeholderanalyse ist ein systematisches Verfahren zur Identifikation und Bewertung aller Die Stakeholderanalyse ist ein strategisches Instrument zur systematischen Erfassung und Bewertung aller Personen, Gruppen oder Organisationen, die ein Interesse – also einen sogenannten *Stake* – an einem Projekt, einer Maßnahme, einer Verwaltungseinheit oder einem Unternehmen haben. Dieses Interesse kann direkt oder indirekt, positiv oder negativ ausfallen und umfasst sowohl interne als auch externe Akteure. Ziel der Stakeholderanalyse ist es, deren Interessen, Einflussmöglichkeiten und Erwartungen frühzeitig zu erkennen und zu verstehen, um die Kommunikation und Zusammenarbeit gezielt, strukturiert und wirkungsvoll gestalten zu können.

Die Analyse erfolgt in mehreren Schritten. Zunächst steht die Identifikation aller relevanten Stakeholder im Vordergrund: Wer ist von dem Vorhaben betroffen oder

daran beteiligt? Dies können zum Beispiel Mitarbeitende, Bürger, Behörden, Medien, Kunden, Lieferanten oder zivilgesellschaftliche Gruppen sein. Im nächsten Schritt folgt die Analyse der jeweiligen Interessenlagen. Dabei werden Ziele, Erwartungen, mögliche Befürchtungen und potenzielle Konflikte der Stakeholder ermittelt. Ein besonderer Fokus liegt auf dem frühzeitigen Erkennen von Widerständen oder Unterstützungsbereitschaft. Schließlich werden die Stakeholder hinsichtlich ihrer Einflusskraft und Betroffenheit bewertet. Wer hat Entscheidungsgewalt? Wer kann Projekte behindern oder zum Erfolg führen? Und wer ist besonders stark von den Auswirkungen betroffen?

Die Ergebnisse dieser Analyse bilden die Grundlage für eine zielgerichtete Stakeholder-Kommunikation und -Einbindung. Sie ermöglichen es Entscheidungsträgern, Strategien zu entwickeln, die auf Akzeptanz, Dialogfähigkeit und Kooperation setzen – zentrale Erfolgsfaktoren für Krisenfestigkeit, Projekterfolg und langfristige Legitimation.

Frage 30:

Was ist eine Stakeholdermatrix?

Die Stakeholdermatrix, auch bekannt als „Macht-Interesse-Matrix“, ist ein bewährtes grafisches Instrument zur Analyse und Einordnung von Stakeholdern in Bezug auf ein Projekt oder Thema. Sie basiert auf zwei zentralen Dimensionen: dem Einfluss (bzw. der Macht) eines Stakeholders sowie dessen Interesse am Projekt. Ziel der Matrix ist es, Stakeholder in vier unterschiedliche Felder zu kategorisieren und daraus gezielte Kommunikations- und Beteiligungsstrategien abzuleiten.

In der typischen Einteilung werden Stakeholder mit hohem Interesse und hoher Macht als besonders wichtig betrachtet. Sie sollten eng in das Projekt einbezogen und aktiv gemanagt werden, da sie maßgeblich zum Erfolg oder Misserfolg beitragen können. Stakeholder mit hohem Interesse, aber geringer Macht hingegen sollten regelmäßig informiert und in geeigneter Weise eingebunden werden, um ihre Unterstützung zu sichern und ihr Engagement zu fördern.

Anders verhält es sich bei Akteuren mit geringem Interesse, aber hoher Macht. Diese sollten gezielt zufriedengestellt und selektiv einbezogen werden, um etwaige Blockaden zu vermeiden. Schließlich gibt es Stakeholder mit geringem Interesse und

geringer Macht – sie müssen in der Regel nur beobachtet und gelegentlich informiert werden, etwa bei wesentlichen Entwicklungen oder Entscheidungen.

Die Anwendung der Stakeholdermatrix ermöglicht es Projektverantwortlichen, frühzeitig Klarheit über die Interessen und Einflussmöglichkeiten verschiedener Akteure zu gewinnen. Darauf aufbauend lassen sich differenzierte Strategien zur Information, Beteiligung und Steuerung entwickeln, die einen effektiven und konfliktarmen Projektverlauf unterstützen.

Frage 31:

Warum wird in diesen Handlungsempfehlungen bewusst der Begriff Stakeholderorganisationen genutzt?

In diesen Empfehlungen wird ganz bewusst der Begriff Stakeholderorganisationen verwendet – und nicht etwa allgemein von „Akteuren“, „Interessierten“ oder gar „den Menschen“. Der Grund dafür liegt in der klaren Fokussierung auf handlungsfähige, institutionell verfasste Einheiten, die in Krisenvorsorge, -kommunikation und -bewältigung eine tragende Rolle spielen. Denn Organisationen verfügen über Strukturen, Kommunikationswege, Entscheidungsmechanismen und Ressourcen – kurz: über Verantwortung und Wirksamkeit.

Gerade in der Vorbereitung auf eine Krise ist es entscheidend, mit solchen verlässlichen, identifizierbaren und dauerhaft ansprechbaren Einheiten zu arbeiten – etwa mit Stadtwerken, Hilfsorganisationen, Pflegeeinrichtungen, Logistikunternehmen, landwirtschaftlichen Betrieben, Kirchen oder Bildungseinrichtungen. Sie sind in der Lage, nicht nur intern zu steuern, sondern auch nach außen wirksam zu kommunizieren – insbesondere mit anderen Organisationen. Denn Kommunikation in der Krise folgt oft institutionellen Mustern: Organisationen kommunizieren effizienter mit Organisationen, weil sie über Rollen, Zuständigkeiten und Schnittstellen verfügen.

Zugleich wird durch die Begriffsverwendung deutlich gemacht, dass Krisenvorsorge nicht im Beliebigen verläuft. Sie richtet sich nicht an anonyme Zielgruppen oder lose Personenverbände, sondern an konkrete Verantwortungsträger mit gestaltendem Einfluss – im Gesundheitswesen, in der Energieversorgung, im Bildungsbereich, in der Landwirtschaft, im Einzelhandel und vielen weiteren Bereichen.

Der Begriff Stakeholderorganisation bringt also Klarheit, Verbindlichkeit und strategische Ausrichtung in die Kommunikation der Handlungsempfehlungen. Er steht für die Überzeugung, dass nur durch strukturierte Zusammenarbeit zwischen organisierten Einheiten eine belastbare Resilienz im Landkreis aufgebaut werden kann.

KAPITEL V

KOMMUNIKATION

Frage 32:

Was verbirgt sich hinter Begriff „kommunikativer oder medialer Krisenzwilling“?

Der Ausdruck „kommunikativer oder medialer Krisenzwilling“ beschreibt das Phänomen, dass jede reale Krise heute untrennbar mit einer parallelen Krise in der Kommunikation und medialen Wahrnehmung einhergeht. Das bedeutet: Neben den tatsächlichen Ereignissen – etwa ein Stromausfall, ein Unfall, ein Datenleck oder eine Naturkatastrophe – entfaltet sich gleichzeitig eine dynamische, oft schwer kontrollierbare Begleitkrise in der Öffentlichkeit, vor allem über klassische und soziale Medien.

In der digitalisierten, vernetzten Informationsgesellschaft verbreiten sich Nachrichten, Bilder, Gerüchte und Emotionen in Echtzeit. Bürgerinnen und Bürger informieren sich nicht nur über offizielle Kanäle, sondern über WhatsApp, Facebook, Telegram, Twitter/X oder TikTok – oft schneller als Behörden oder Unternehmen reagieren können. Dadurch entstehen eigene Erzählungen, Deutungsmuster und Erwartungshaltungen, die das Krisengeschehen überlagern oder sogar eskalieren können.

Der Krisenzwilling beschreibt also eine zweite, kommunikative Dimension der Krise, die nicht weniger real oder wirksam ist als das physische Geschehen selbst. Eine falsch formulierte Pressemitteilung, eine verzögerte Reaktion, widersprüchliche Aussagen oder ein Bild, das in sozialen Medien viral geht, können erheblichen Reputationsschaden anrichten – selbst wenn das eigentliche Krisenmanagement technisch gut funktioniert.

Wer Krisen professionell bewältigen will, muss nicht nur auf die operativen Abläufe achten, sondern ebenso auf die kommunikative Dimension. Der „mediale Krisenzwilling“ ist ein integraler Bestandteil jeder modernen Krise – und er verlangt nach strategischer, schneller und glaubwürdiger Krisenkommunikation, um Vertrauen zu erhalten, Desinformation zu begegnen und die Deutungshoheit nicht zu verlieren.

Frage 33:

Was bedeutet Krisenkommunikation?

Krisenkommunikation ist die gezielte, strukturierte und verantwortungsvolle Kommunikation in außergewöhnlichen, bedrohlichen oder unsicheren Situationen, die den normalen Ablauf in Organisationen, Verwaltungen oder der Gesellschaft insgesamt stören. Dazu zählen unter anderem Naturkatastrophen, Unfälle, technische Störungen, Pandemien, Cyberangriffe oder politische Krisen. Ziel der Krisenkommunikation ist es, in solchen Lagen Information, Orientierung und Vertrauen zu vermitteln, um damit einen aktiven Beitrag zur Stabilisierung der Situation zu leisten.

Ein zentrales Merkmal der Krisenkommunikation ist ihre Zeitkritik – in einer Krise zählt jede Minute. Informationen müssen schnell, zielgerichtet und kontinuierlich an die relevanten Zielgruppen übermittelt werden. Dazu gehören neben der allgemeinen Bevölkerung auch Medien, Mitarbeitende, Behörden, Partnerorganisationen oder kritische Infrastrukturen. Jede dieser Gruppen benötigt spezifische Inhalte und Kanäle. Dabei ist Glaubwürdigkeit besonders entscheidend: Nur wer offen, ehrlich und transparent kommuniziert – auch wenn noch nicht alle Fakten bekannt sind – kann Vertrauen erhalten und aufrechterhalten. Krisenkommunikation dient außerdem dazu, Unsicherheit zu reduzieren, Desinformation entgegenzuwirken und Handlungsfähigkeit zu fördern.

Neben der reinen Informationsvermittlung hat Krisenkommunikation eine steuernde Funktion: Sie hilft den Betroffenen, die Situation einzuordnen, Gefahren zu erkennen und sich angemessen zu verhalten – etwa durch Warnungen, konkrete Handlungsanweisungen oder Verhaltensregeln. Dabei geht es nicht nur um das Senden von Botschaften, sondern auch um Zuhören und Dialogfähigkeit. Krisenkommunikation ist keine Einbahnstraße, sondern sollte Rückfragen ermöglichen, Sorgen aufnehmen und Feedback integrieren.

Zu ihren wichtigsten Aufgaben gehören das Informieren über das Geschehen, das Alarmieren bei akuter Gefahr, das Anleiten zu richtigem Verhalten, das Beruhigen durch Klarheit und Führung sowie das Einbinden der Menschen in Hilfe, Vorsorge oder gemeinschaftliche Bewältigung.

Krisenkommunikation ist ein zentrales Führungsinstrument. Sie entscheidet mit darüber, ob Menschen geschützt, Maßnahmen akzeptiert und Vertrauen in Institutionen bewahrt wird. Professionell vorbereitet, klar strukturiert und empathisch ausgeführt, ist sie ein wesentlicher Bestandteil der Resilienz von Organisationen und Gesellschaften.

Frage 34:

Welche Aspekte gibt es bei der Krisenkommunikation, die es zu beachten gilt?

In der Krisenkommunikation – insbesondere auf kommunaler oder behördlicher Ebene – sind verschiedene Aspekte der Kommunikation zu beachten, um die Bevölkerung effektiv zu erreichen, zu informieren und aktiv einzubinden. Dabei geht es nicht nur um was kommuniziert wird, sondern auch wie, wo und mit welchem Ziel. Eine differenzierte Betrachtung hilft, passende Kommunikationsstrategien zu entwickeln.

Ein grundlegender Unterschied besteht zwischen der technischen und der inhaltlichen Seite der Kommunikation. Die technische Seite betrifft die Kanäle, Formate und Mittel, mit denen Informationen verbreitet werden – also beispielsweise Lautsprecherfahrzeuge, Social Media, Warn-Apps oder Aushänge. Die inhaltliche Seite dagegen umfasst Sprache, Botschaft, Zielgruppenansprache und Tonalität – sie entscheidet darüber, ob eine Botschaft verstanden, akzeptiert und befolgt wird.

Ein weiterer zentraler Aspekt ist die digitale versus analoge Kommunikation. Während digitale Kanäle wie Websites, Apps oder soziale Netzwerke schnell, breit und interaktiv wirken können, dürfen analoge Wege wie Sirenen, Handzettel, Lautsprecherdurchsagen oder persönliche Ansprache nicht vernachlässigt werden.

Auch die Unterscheidung zwischen Push- und Pull-Kommunikation ist relevant. Push-Kommunikation meint das aktive Senden von Informationen an die Zielgruppe – etwa über SMS-Warnungen oder Radioansagen. Pull-Kommunikation dagegen bedeutet, dass Menschen selbst Informationen abrufen, etwa über Webseiten oder Aushänge. Beide Formen müssen sinnvoll kombiniert werden, um sowohl proaktiv zu informieren als auch jederzeit abrufbare Orientierung zu bieten.

Ebenso wichtig ist das Verhältnis von zentraler und dezentraler Kommunikation. Zentrale Kommunikation sorgt für einheitliche Botschaften und Koordination, während

dezentrale Kommunikation Nähe, Anschlussfähigkeit und lokale Anpassung ermöglicht – etwa durch Stadtteile, Ortsfeuerwehren oder Ehrenamtliche.

In der akuten Phase einer Krise ist es entscheidend, die Kommunikation klar zu strukturieren und den jeweiligen Anforderungen der Situation anzupassen. Dabei unterscheidet man verschiedene Kommunikationsmodi, die jeweils spezifische Funktionen erfüllen und gezielt eingesetzt werden sollten, um Orientierung, Sicherheit und Handlungsfähigkeit zu gewährleisten.

Der erste Modus ist die Information. Hier geht es darum, sachliche und verständliche Fakten zur aktuellen Lage bereitzustellen – etwa zur Gefahrenlage, zum Verlauf der Krise oder zu bereits ergriffenen Maßnahmen. Die Informationskommunikation schafft Transparenz und bildet die Grundlage dafür, dass Menschen die Situation einschätzen und sich entsprechend verhalten können.

Darüber hinaus ist die Alarmierung ein zentraler Bestandteil krisenhafter Kommunikation. Sie kommt dann zum Einsatz, wenn eine unmittelbare Gefahr besteht – etwa durch ein Feuer, eine Überschwemmung oder einen Stromausfall. Ziel ist es, die Bevölkerung schnell und eindeutig zu warnen und mit klaren Handlungsaufforderungen zu versehen, damit Betroffene sich und andere schützen können.

Im dritten Modus steht die Anweisung im Vordergrund. Hier werden konkrete, handlungsorientierte Direktiven gegeben – etwa zur Evakuierung bestimmter Gebiete, zur Nutzung von Notunterkünften oder zum Verhalten in gefährdeten Bereichen. Anweisungen müssen unmissverständlich formuliert und über geeignete Kanäle verbreitet werden, damit sie im Ernstfall befolgt werden können.

Schließlich erfüllt auch die Beratung eine wichtige Rolle. Sie dient dazu, Menschen individuell zu unterstützen – etwa bei persönlichen Entscheidungen, psychischen Belastungen oder praktischen Problemen. Dies kann über Notrufnummern, Infopunkte, Bürgertelefone oder die Vermittlung von Nachbarschaftshilfe geschehen. Gerade in länger andauernden Krisenlagen hilft Beratung dabei, die Selbstwirksamkeit und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken.

Darüber hinaus spielen partizipationsfokussierte Kommunikation und Akzeptanzkommunikation eine immer wichtigere Rolle. Partizipationsfokussierte Kommunikation zielt darauf, die Bevölkerung als Mitgestalter einzubinden, etwa durch

Bürgerdialoge, Beteiligungsprozesse oder freiwilliges Engagement. Akzeptanzkommunikation hingegen soll Verständnis, Vertrauen und Mitwirkung fördern, indem sie transparent, glaubwürdig und nachvollziehbar erklärt, warum bestimmte Maßnahmen notwendig sind.

Erfolgreiche Krisenkommunikation ist mehrdimensional. Sie berücksichtigt technische Möglichkeiten, inhaltliche Klarheit, unterschiedliche Zielgruppen und die Balance zwischen Information, Warnung, Anleitung und Dialog. Nur wer diese Aspekte systematisch plant und aufeinander abstimmt, kann die Bevölkerung nicht nur erreichen – sondern auch zum Mitwirken befähigen.

Frage 35:

Was bedeutet Risikokommunikation?

Risikokommunikation bezeichnet die gezielte, transparente und dialogorientierte Vermittlung von Informationen über potenzielle Gefahren und Unsicherheiten – und zwar bevor eine Krise eintritt. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil der vorsorgenden Sicherheits- und Krisenvorsorge und verfolgt das Ziel, Menschen frühzeitig auf mögliche Risiken aufmerksam zu machen, sie zu eigenverantwortlichem Handeln zu befähigen und das Vertrauen in staatliches oder organisatorisches Handeln zu stärken.

Im Gegensatz zur Krisenkommunikation, die in akuten Ausnahmesituationen zum Einsatz kommt, ist Risikokommunikation präventiv ausgerichtet. Sie informiert über denkbare Bedrohungsszenarien – wie Naturkatastrophen, technische Störungen, Gesundheitsgefahren oder sicherheitspolitische Entwicklungen – und erklärt, wie Risiken eingeordnet, bewertet und beobachtet werden. Gleichzeitig zeigt sie auf, welche Schutzmaßnahmen bereits getroffen wurden und was jede und jeder Einzelne zur Vorsorge beitragen kann.

Ziel der Risikokommunikation ist es, Verständnis für komplexe Risiken zu schaffen, Unsicherheiten nachvollziehbar zu machen und die Bevölkerung in einen aktiven Dialog einzubinden. Durch klare, ehrliche und verständliche Kommunikation können Ängste reduziert, Vertrauen aufgebaut und Akzeptanz für Maßnahmen geschaffen werden. Ein besonders wichtiger Aspekt ist die Förderung von Eigenverantwortung:

Wer über Risiken informiert ist und weiß, wie er sich vorbereiten kann – etwa durch einen Vorrat, ein Notfallkonzept oder die Nutzung von Warnsystemen – wird im Ernstfall nicht überrascht, sondern bleibt handlungsfähig.

Risikokommunikation ist keine Panikmache, sondern ein strategisches Kommunikationsinstrument zur Stärkung gesellschaftlicher Resilienz. Sie schafft das nötige Vorwissen und Bewusstsein, damit aus potenziellen Gefahren keine unkontrollierten Krisen werden – und macht aus passiven Empfängern informierte und mitverantwortliche Bürgerinnen und Bürger.

Frage 36:

Was ist Kommunikationsresilienz?

Kommunikationsresilienz bezeichnet die Fähigkeit einer Organisation, vor, während und nach einer Krise zuverlässig, wirksam und zielgerichtet mit ihren Anspruchsgruppen zu kommunizieren – auch unter schwierigen Bedingungen, bei Unsicherheit oder gestörter Infrastruktur. Sie ist ein zentraler Bestandteil der Krisenresilienz insgesamt, denn jede Krise ist zugleich auch eine kommunikative Herausforderung. Wer nicht kommunizieren kann, verliert schnell Vertrauen, Kontrolle und Handlungsspielraum. Deshalb gilt: Wer über Krisenresilienz nachdenkt, muss immer auch Kommunikationsresilienz mitdenken.

Im Unterschied zur rein taktischen Krisen- oder Risikokommunikation, die sich auf einzelne Ereignisse oder Maßnahmen konzentriert, verfolgt Kommunikationsresilienz einen strategischen Ansatz. Sie zielt darauf, die kommunikativen Strukturen, Prozesse und Kompetenzen einer Organisation langfristig so aufzustellen, dass sie robust, anpassungsfähig und dialogfähig bleibt – auch in Ausnahmelagen.

Die Kompetenztrias der Resilienz – Widerstandsfähigkeit, Bewältigungsfähigkeit und Kooperationsfähigkeit – lässt sich direkt auf Kommunikationsresilienz übertragen: Organisationen müssen ihre kommunikativen Grundstrukturen im Alltag so aufbauen und pflegen, dass sie auch in der Krise belastbar sind. So erhöhen sie präventiv ihre Widerstandsfähigkeit. Dazu gehören klare Verantwortlichkeiten, abgestimmte Prozesse, redundante Kommunikationskanäle (z. B. analog und digital), ein gepflegter Presseverteiler, verlässliche Social-Media-Accounts sowie geschulte Sprecher. Ziel ist es, Störungen im Kommunikationsfluss möglichst zu vermeiden oder abzufedern.

Im Ernstfall muss die Organisation in der Lage sein, schnell, verständlich und zielgruppengerecht zu kommunizieren – auch unter Zeitdruck, Unsicherheit oder technischen Ausfällen. Das gehört zu einer starken Bewältigungsfähigkeit. Kommunikationsresilienz zeigt sich hier in der Fähigkeit, Botschaften zu priorisieren, verständlich zu formulieren, mit Kritik oder Desinformation umzugehen und Kommunikationsangebote flexibel anzupassen. Professionelles Krisenmanagement braucht ein ebenso professionelles Kommunikationsmanagement.

Kommunikation funktioniert nicht isoliert. Eine hohe Kooperationsfähigkeit ist vonnöten. Resiliente Kommunikation baut auf vertrauensvolle Netzwerke, abgestimmte Schnittstellen und eingespielte Dialogformate – etwa mit Behörden, Medien, Partnerorganisationen oder der eigenen Belegschaft. Wer „in der Krise Köpfe kennt“, wer auf bestehende Beziehungen und abgestimmte Kommunikationsplattformen zurückgreifen kann, kommuniziert schneller, glaubwürdiger und mit größerer Wirkung.

Kommunikationsresilienz ist weit mehr als das Reagieren auf mediale Anfragen oder das Verfassen von Pressemitteilungen. Sie ist ein strategischer Erfolgsfaktor für Organisationen, die ihre Widerstands- und Handlungsfähigkeit in Krisen sichern und stärken wollen. Nur wer auch unter Druck überzeugend kommunizieren kann, bleibt führungsfähig – und schützt nicht nur seine Reputation, sondern auch die Sicherheit, das Vertrauen und die Handlungsfähigkeit seiner Zielgruppen.

KAPITEL VI

TRINKWASSERMANGELKRISE

Frage 37:

Was ist eine Trinkwassermangellage?

Eine Trinkwassermangellage beschreibt eine Situation, in der in einem größeren Versorgungsgebiet über einen relevanten Zeitraum nicht genügend Trinkwasser in der erforderlichen Qualität und Menge zur Verfügung steht, um die Grundbedürfnisse der Bevölkerung und der kritischen Infrastrukturen zu decken. Anders als bei kurzfristigen Engpässen durch Reparaturen oder punktuelle Verunreinigungen handelt es sich bei einer Mangellage um ein strukturell oder krisenhaft bedingtes Versorgungsproblem.

Solche Lagen können regional begrenzt auftreten, etwa in Folge extremer Trockenperioden, technischer Ausfälle, Cyberangriffe auf Wasserversorger oder einer Kombination mehrerer Krisen. Kritisch wird eine Trinkwassermangellage, wenn nicht nur einzelne Haushalte betroffen sind, sondern zentrale Versorgungseinrichtungen wie Krankenhäuser, Pflegeheime oder lebensmittelverarbeitende Betriebe nicht mehr ausreichend mit Wasser versorgt werden können. In der Folge geraten sowohl das öffentliche Leben als auch wirtschaftliche Prozesse schnell unter Druck.

Frage 38:

Wie wahrscheinlich ist eine Trinkwassermangellage in Deutschland?

Die Wahrscheinlichkeit einer bundesweit flächendeckenden Trinkwassermangellage wird derzeit als eher gering eingeschätzt – dennoch warnen Fachleute zunehmend vor regionalen und temporären Engpässen, insbesondere in Hitzeperioden oder Dürresommern. Betroffen sind vor allem Städten und Gemeinden in wasserarmen Regionen, in denen Grundwasserstände dauerhaft sinken oder durch Übernutzung beeinträchtigt sind.

Auch technische Störungen, Naturkatastrophen wie Starkregen und Hochwasser (die Wasserversorgungsanlagen kontaminieren können), Sabotageakte, Cyberangriffe oder länger andauernde Stromausfälle (z. B. Blackouts) können zu Mangellagen führen. Die Eintrittswahrscheinlichkeit steigt mit zunehmender Klimavariabilität,

wachsender Infrastrukturverletzlichkeit und komplexer werdenden globalen Abhängigkeiten. Fachleute betonen daher: Die Vorsorge auf kommunaler Ebene ist trotz moderater Eintrittswahrscheinlichkeit eine strategische Notwendigkeit.

Frage 39:

Warum ist eine Trinkwassermangellage so gefährlich?

Trinkwasser ist eine der kritischsten Ressourcen überhaupt. Ohne sauberes Wasser geraten binnen Stunden grundlegende Lebensfunktionen und öffentliche Ordnung in Gefahr. Betroffen sind nicht nur Haushalte, sondern auch medizinische Einrichtungen, Pflegeheime, lebensmittelverarbeitende Betriebe, Industrieanlagen und öffentliche Einrichtungen wie Kitas oder Schulen.

Ohne Wasser funktionieren weder Hygiene noch sanitäre Einrichtungen. Es kommt zu Gesundheitsgefahren, psychosozialem Stress und Versorgungsengpässen. Die Löschwasserversorgung der Feuerwehren kann eingeschränkt sein, Krankenhäuser müssen ihre Abläufe umstellen oder teilweise schließen. Auch soziale Spannungen und Unruhen sind möglich – insbesondere dann, wenn die Bevölkerung nicht ausreichend informiert oder auf eine solche Lage vorbereitet ist. Wasser ist existenziell – seine Knappheit trifft jede gesellschaftliche Schicht unmittelbar.

Frage 40:

Wachsen die Gefahren einer Trinkwassermangellage angesichts der neuen geopolitischen Entwicklungen?

Ja. Die Zeitenwende in der europäischen Sicherheitsordnung und die Zunahme hybrider Bedrohungen (z. B. Sabotage, Cyberangriffe, Desinformation) führen dazu, dass kritische Infrastrukturen, zu denen auch die Wasserversorgung gehört, stärker in den Fokus möglicher Angreifer rücken. Der Krieg in der Ukraine hat gezeigt, wie gezielte Angriffe auf Energie-, Kommunikations- und Wassersysteme eingesetzt werden, um Gesellschaften zu destabilisieren.

Auch in Deutschland könnten Trinkwasseranlagen, Aufbereitungsanlagen oder digitale Steuerungssysteme von Wasserversorgern Ziel von Attacken werden. Der Schutz dieser Systeme, die Redundanz der Versorgung und die Notfallvorsorge auf

kommunaler Ebene sind daher nicht nur technische Fragen, sondern elementare Aspekte der zivilen Verteidigung und Resilienz.

Frage 41:

Warum beschäftigen sich viele Krisenmanagementexperten gerade derzeit mit dem Thema Trinkwassermangel?

Das Thema Trinkwassermangel rückt in den Fokus, weil sich mehrere Risikodimensionen überlagern: der Klimawandel mit häufigeren Dürreperioden, die zunehmende Beanspruchung regionaler Wasserressourcen durch Landwirtschaft und Industrie, die infrastrukturelle Alterung vieler Versorgungsnetze sowie neue sicherheitspolitische Bedrohungslagen.

Hinzu kommt die Erkenntnis, dass Wasserkrisen "stille Krisen" sein können – sie beginnen schleichend, eskalieren aber rasch, wenn elementare Grundfunktionen der Daseinsvorsorge bedroht sind. Viele Krisenmanager betrachten Wasser heute als „das neue Öl“: ein strategisches Gut, dessen Verfügbarkeit über das Funktionieren ganzer Regionen entscheiden kann. Deshalb wächst der Druck, Vorsorgekonzepte zu entwickeln, Netzwerke zu stärken und die Bevölkerung zu sensibilisieren.

Frage 42:

Was ist eine Trinkwassermangelkrise?

Eine Trinkwassermangelkrise ist mehr als ein bloßer Versorgungsengpass – sie bezeichnet eine komplexe, dynamische Krisenlage, die aus der strukturellen Mangelsituation entsteht und alle gesellschaftlichen Bereiche betrifft. Sie kann technische Ursachen haben (z. B. Netzausfall), klimatische Gründe (z. B. Dürre), aber auch Resultat von Angriffen oder systemischen Ausfällen sein.

Eine solche Krise ist nicht linear, sondern verläuft in Wellen: Erst bricht die Versorgung punktuell ein, dann folgen sekundäre Effekte – z. B. Schließung von Einrichtungen, Störung der öffentlichen Ordnung, Vertrauensverlust in staatliches Handeln. Sie ist gekennzeichnet durch hohe Unsicherheit, soziale Spannungen und teilweise konkurrierende Bedürfnisse (z. B. Trinkwasser vs. Industriebedarf). Die Herausforderung liegt darin, koordiniert, resilient und kommunikationsfähig zu bleiben.

Frage 43:

Was ist das Besondere an einer Trinkwassermangelkrise?

Eine Trinkwassermangelkrise ist deshalb besonders herausfordernd, weil sie häufig nicht sofort sichtbar ist. Anders als bei Stromausfällen oder Naturkatastrophen gibt es keinen abrupten Schockmoment, sondern eine schleichende Zuspitzung. Das erschwert die frühzeitige Kommunikation, Alarmierung und Vorbereitung der Bevölkerung.

Zudem trifft Wassermangel oft besonders schutzbedürftige Gruppen zuerst: Pflegebedürftige, Kranke, Kinder. Gleichzeitig sind Städten und Gemeinden, Landkreise und Wasserbetriebe gefordert, unter Zeitdruck komplexe Entscheidungen zu treffen – etwa zur Priorisierung der Versorgung oder zur Organisation der Notverteilung.

Weil Trinkwasser auch ein emotional aufgeladenes Gut ist, besteht ein hohes Risiko für soziale Spannungen, Hamsterkäufe und Desinformation. Der Schlüssel zur Bewältigung liegt in der frühzeitigen Resilienzbildung, intersektoraler Zusammenarbeit und einer Kommunikationsstrategie, die Vertrauen schafft und Orientierung gibt.

Frage 44:

Welche Phasen hat eine Trinkwassermangelkrise?

Eine Trinkwassermangelkrise verläuft typischerweise in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen, die sich in ihrem Charakter, ihrer Dringlichkeit und ihren Handlungsschwerpunkten deutlich voneinander unterscheiden. Auch wenn sich diese Phasen in der Realität überlappen können, lassen sie sich analytisch in drei Hauptabschnitte gliedern: die Vorsorgephase, die akute Mangellage und die Nach- bzw. Folgekrise.

Die Vorsorgephase ist der zentrale Zeitraum für vorbeugende Maßnahmen, in dem Strukturen geschaffen werden, bevor es zur eigentlichen Krise kommt. In dieser Phase stehen die Sensibilisierung der Bevölkerung, die Risikoanalyse sowie der Aufbau robuster Versorgungsnetze im Vordergrund. Behörden, Wasserwerke und Hilfsdienste arbeiten an konkreten Notfallplänen, definieren priorisierte Zielgruppen wie etwa

vulnerable Haushalte, Pflegeeinrichtungen oder medizinische Versorger und bereiten logistische Abläufe vor, die im Ernstfall greifen sollen. Ebenso wichtig ist die Kommunikation: Nur wer im Vorfeld verständlich und wiederholt über das mögliche Szenario, seine Anzeichen und erste Reaktionsmöglichkeiten informiert wurde, kann im Ereignisfall ruhig und besonnen handeln. Ziel dieser Phase ist es, Handlungssicherheit und Resilienz aufzubauen – sowohl organisatorisch als auch gesellschaftlich.

In der zweiten Phase – der akuten Mangellage – wird aus der potenziellen eine reale Krise. Diese Phase ist geprägt von hoher Dynamik, Unsicherheit und der Notwendigkeit, unter Zeitdruck Entscheidungen zu treffen. Teile der Wasserversorgung brechen zusammen oder müssen aufgrund von Kontamination, Dürre oder Infrastrukturversagen gedrosselt werden. Jetzt geht es darum, die Versorgung mit dem zur Verfügung stehenden Wasser gerecht, sicher und funktionsfähig zu organisieren. Notverteilungsstellen werden eingerichtet, Prioritäten zwischen Bevölkerung, kritischer Infrastruktur und Wirtschaft müssen laufend neu gesetzt werden, und parallel dazu müssen Fragen der öffentlichen Ordnung, Hygiene, Kommunikation und Versorgungssicherheit gelöst werden. Die Herausforderung liegt in dieser Phase vor allem darin, operative Reaktionsfähigkeit mit strategischem Überblick zu verbinden – und dies unter Bedingungen, die sich täglich oder sogar stündlich ändern können.

Auch wenn die technische Versorgung am Ende dieser zweiten Phase wiederhergestellt ist, ist die Krise selbst damit noch nicht abgeschlossen. In der Nach- und Folgephase treten andere Dimensionen in den Vordergrund. Psychosoziale Folgen – etwa Verunsicherung, Erschöpfung oder Vertrauensverluste – werden spürbar. Auch politische Spannungen, wirtschaftliche Schäden oder Konflikte um Verantwortung und Konsequenzen können auftreten. Die Infrastruktur muss möglicherweise wiederaufgebaut oder stabilisiert werden, Abläufe werden kritisch hinterfragt, Versäumnisse analysiert und Prozesse angepasst. Diese Phase ist nicht weniger wichtig als die akute Reaktion, denn sie entscheidet darüber, ob und wie gut eine Region beim nächsten Mal vorbereitet ist. Ziel dieser Phase ist es, aus der Krise zu lernen und die Resilienzstrukturen so zu stärken, dass sie nicht nur auf diese eine Situation reagieren, sondern auch mit zukünftigen, womöglich noch komplexeren

Herausforderungen umgehen können. Denn klar ist: Die nächste Krise kommt bestimmt – die Frage ist nur wann.

Frage 45:

Warum ist es so wichtig, sich vor einer Trinkwassermangelkrise Gedanken zu machen?

Weil eine Trinkwassermangelkrise eine der gefährlichsten Lagen für jede Kommune darstellen kann – und sie meist ohne Vorwarnung eskaliert. Im Ernstfall bleibt keine Zeit, um Strukturen aufzubauen oder Notfallmaßnahmen zu improvisieren. Die Wasserversorgung ist so elementar, dass bereits wenige Stunden ohne Wasser in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen oder bei der Bevölkerung schwerwiegende Folgen haben können – von medizinischen Notlagen bis zu sozialen Unruhen.

Vorausschauende Planung, klare Verantwortlichkeiten, dezentrale Notfallreserven und eine informierte Bevölkerung entscheiden darüber, ob eine Kommune im Ausnahmezustand handlungsfähig bleibt – oder in die Überforderung kippt. Wer im Vorfeld nicht denkt, muss in der Krise improvisieren. Doch Wasserkrisen verzeihen keine Planlosigkeit. Darum ist strategische Vorsorge keine Kür, sondern Pflicht – auf allen Ebenen: Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft.

Frage 46:

Warum spielen die Landkreise bei einer Trinkwassermangelkrise eine so große Rolle?

Landkreise sind die entscheidende operative Ebene des Bevölkerungsschutzes in Deutschland. Sie koordinieren im Ernstfall sämtliche Maßnahmen zur Gefahrenabwehr, Versorgung und Kommunikation auf ihrem Gebiet – insbesondere dort, wo mehrere Städten und Gemeinden betroffen sind oder Ressourcen zwischen ihnen verteilt werden müssen. In einer Trinkwassermangelkrise führen die Landkreise die Stäbe, koordinieren die Wasserverteilung, priorisieren kritische Infrastrukturen und leiten Maßnahmen des Katastrophenschutzes ein.

Zugleich sind Landkreise Schnittstellen zwischen Landesregierung, Städten und Gemeinden und übergeordneten Behörden – sie vermitteln Bedarfe nach oben und

organisieren Lösungen nach unten. Ihre Leistungsfähigkeit entscheidet wesentlich darüber, ob regionale Resilienz gelingt. Ohne handlungsfähige Landkreise kann es kein wirksames Krisenmanagement geben.

Frage 47:

Welche Rolle spielen die Städten und Gemeinden in einer Trinkwassermangelkrise?

Städten und Gemeinden sind der erste staatliche Ansprechpartner für die Bevölkerung – und in einer Trinkwassermangelkrise unverzichtbar. Sie kennen die lokalen Gegebenheiten, verfügen über Kontakte zu Versorgern, sozialen Einrichtungen, Hilfsorganisationen und Ehrenamt. Sie sorgen dafür, dass Notfallverteilungen, dezentrale Wasserausgaben, Wärme- und Hygieneinfrastruktur organisiert werden – etwa durch Anlaufstellen, mobile Verteilungspunkte oder Krisenleuchttürme.

Wenn digitale Kommunikation ausfällt, sind es die Städten und Gemeinden, die über Aushänge, Lautsprecherdurchsagen oder analoge Informationspunkte die Bevölkerung erreichen. Besonders bei vulnerablen Gruppen (Pflegeheime, Kitas, Obdachlosenhilfe) kommt ihnen eine Schlüsselrolle zu. Ihre Vorsorgeentscheidungen im Vorfeld – von Notbrunnen über Wassersäcke bis zur Ausbildung von Einsatzleitungen – entscheiden über den Schutz der Bevölkerung.

Frage 48:

Welche Bedeutung kommt der Wirtschaft in einer Trinkwassermangelkrise zu?

Die Wirtschaft ist in einer Trinkwassermangelkrise sowohl Betroffene als auch Mitgestalterin der Resilienz. Auf der einen Seite ist sie abhängig von Wasser – etwa im Lebensmittelhandel, in Produktionsprozessen, bei der Logistik oder im Gesundheitsbereich. Auf der anderen Seite kann sie entscheidend zur Stabilisierung beitragen: mit Tankwagen, dezentralen Notstromsystemen, Lagern, Personal und Fachwissen.

Gerade regionale Betriebe – vom Getränkegroßhandel über Bauhöfe bis hin zu Technikanbietern – können helfen, Versorgungsinseln aufzubauen, technische Infrastruktur zu sichern oder Transporte durchzuführen. Dafür müssen sie frühzeitig in

kommunale Vorsorgekonzepte eingebunden werden. Auch ihre eigene Notfallplanung ist Teil der gesamtgesellschaftlichen Resilienz – denn ein wirtschaftlicher Zusammenbruch würde die Krise weiter verschärfen.

Frage 49:

Welche Rolle spielt die Zivilgesellschaft in einer Trinkwassermangelkrise?

Die Zivilgesellschaft – also Vereine, Nachbarschaften, Kirchen, Ehrenamtliche, Initiativen – ist die soziale Infrastruktur im Schatten des Systems. In einer Trinkwassermangelkrise sind es häufig engagierte Bürgerinnen und Bürger, die informieren, unterstützen, helfen und vermitteln: etwa beim Verteilen von Wasser, bei der Betreuung Schutzbedürftiger, bei der Pflege analoger Kommunikationskanäle oder durch psychologische und soziale Unterstützung.

Gerade in ländlichen Regionen mit starkem Ehrenamt kann die Zivilgesellschaft eine tragende Rolle spielen, wenn staatliche Stellen überlastet sind. Sie schafft Vertrauen, Nähe und Handlungsfähigkeit – dort, wo formale Systeme an Grenzen stoßen. Damit dieses Potenzial wirkt, braucht es jedoch frühzeitige Einbindung, klare Ansprechpartner und konkrete Aufgaben – nicht erst im Krisenfall, sondern in der Vorsorgephase.

Frage 50:

Warum lässt sich eine Trinkwassermangelkrise ohne Mitwirkung der Bevölkerung nicht lösen?

Eine Trinkwassermangelkrise lässt sich nicht allein durch staatliche Strukturen bewältigen. So leistungsfähig Verwaltungen, Hilfsorganisationen und Einsatzkräfte auch sein mögen – ihre Kapazitäten stoßen schnell an Grenzen, wenn eine komplexe und großräumige Mangellage über mehrere Tage oder Wochen anhält. Die zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Krisenbewältigung liegt daher in der Mitwirkung der Bevölkerung. Ohne ein hohes Maß an Selbstverantwortung, Solidarität und praktischer Unterstützung durch die Bürgerinnen und Bürger kann keine Kommune dauerhaft funktionsfähig bleiben.

Dabei ist die Bevölkerung nicht nur Betroffene, sondern auch entscheidende Ressource. Wer vorbereitet ist, kann nicht nur sich selbst helfen, sondern entlastet zugleich das gesamte System. Diese Mitwirkung geschieht in zweierlei Weise: zum einen passiv – durch kluge Eigenvorsorge, das Einhalten von Anweisungen, den gezielten Verzicht auf unnötige Hilfeleistungen und ein besonnenes, regelkonformes Verhalten im Alltag. Zum anderen aber auch aktiv – durch die konkrete Beteiligung an Hilfsstrukturen vor Ort: etwa bei der Organisation von Nachbarschaftshilfen, bei der Verteilung von Wasser, der Unterstützung vulnerabler Gruppen, bei logistischen Aufgaben oder der lokalen Krisenkommunikation.

Wer mitanpackt, stärkt das Gemeinwesen. Wer vorbereitet ist, reduziert die Zahl derjenigen, die auf sofortige Hilfe angewiesen sind. Wer informiert ist, kann andere aufklären. In diesem Sinne ist zivilgesellschaftliches Engagement kein „Nice-to-have“, sondern ein strategischer Erfolgsfaktor. Gerade in einer Lage, in der professionelle Hilfe nicht überall gleichzeitig sein kann, sind es die Nachbarn, Vereinsmitglieder, Freiwilligen, Familien und Freundeskreise, die die ersten Stunden und Tage überbrücken. Eine resiliente Kommune erkennt dieses Potenzial, fördert es bewusst und macht es zu einem integralen Bestandteil ihrer Krisenstrategie. Nur im Zusammenspiel von Staat und Gesellschaft lässt sich eine Trinkwassermangelkrise bewältigen – nicht gegeneinander, sondern gemeinsam.

Frage 51:

Was sollte der strategische Ansatz für Landkreise und Städten und Gemeinden zur Kommunikation rund um eine Trinkwassermangelkrise sein?

Die Kommunikation rund um eine mögliche Trinkwassermangelkrise ist weit mehr als reine Informationsverbreitung – sie ist ein zentrales Führungsinstrument und zugleich ein tragender Pfeiler der kommunalen Resilienz. In einer Lage, die das elementare Grundbedürfnis der Bevölkerung betrifft, entscheidet Kommunikation über Vertrauen, Akzeptanz und Mitwirkung. Es geht dabei nicht um das Schüren von Ängsten oder bürokratische Verlautbarungen, sondern darum, Orientierung zu geben, Eigenverantwortung zu fördern und ein Gemeinschaftsgefühl zu stärken.

Ein strategisch durchdachter kommunaler Kommunikationsansatz sollte auf vier zentralen Säulen beruhen. Die erste ist die Transparenz. Nur durch ehrliche,

nachvollziehbare Informationen über mögliche Risiken, konkrete Szenarien und die vorgesehenen Maßnahmen lässt sich Vertrauen in die kommunale Handlungsfähigkeit aufbauen. Menschen akzeptieren Einschränkungen nur dann, wenn sie verstehen, warum sie notwendig sind – und wenn sie das Gefühl haben, vollständig und rechtzeitig informiert worden zu sein.

Die zweite Säule ist die Beteiligung. Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, zivilgesellschaftliche Gruppen und andere lokale Akteure sollten nicht nur informiert, sondern aktiv eingebunden werden. Das kann über Mitmachaktionen, Workshops, Diskussionsformate oder auch digitale Beteiligungsplattformen geschehen. Beteiligung erzeugt Identifikation – und wer sich als Teil der Lösung begreift, wird im Ernstfall auch bereit sein, mitzutragen.

Der dritte strategische Aspekt ist der Dialog. Gerade im Vorfeld einer Krise braucht es regelmäßigen Austausch mit wichtigen Partnern vor Ort: mit Hilfsorganisationen, Wasserversorgern, Hausärzten, Schulleitungen, Seniorenvertretungen, der lokalen Wirtschaft und vielen mehr. Solche Dialogformate schaffen Vertrauen und Verlässlichkeit – auch jenseits des akuten Ernstfalls. Wer frühzeitig miteinander spricht, funktioniert im Krisenfall schneller und koordinierter.

Die vierte Säule ist die Sichtbarkeit kommunaler Vorsorge. Städten und Gemeinden sollten öffentlich demonstrieren, dass sie sich auf den Ernstfall vorbereiten – zum Beispiel durch Übungen, Schulungstage oder einen symbolischen „Wasserknappheitstag“. Sichtbare Aktivität schafft nicht nur Glaubwürdigkeit, sondern macht Resilienz erfahrbar. Gleichzeitig signalisiert sie: Wir nehmen das Thema ernst – und rechnen mit der Mitwirkung aller.

Ein solcher Kommunikationsansatz muss stets zielgruppenspezifisch gestaltet sein. Familien, Seniorenhaushalte, Gewerbetreibende oder soziale Einrichtungen haben sehr unterschiedliche Informationsbedarfe und Lebensrealitäten. Die Ansprache muss diese Unterschiede erkennen und berücksichtigen, etwa in Sprache, Medium und Tiefe der Information. Ebenso entscheidend ist die technische Robustheit der Kommunikation. Im Fall eines Strom- oder Netzausfalls müssen Informationen analog, redundant und verlässlich verbreitet werden können – über Aushänge, Lautsprecherfahrzeuge, eingerichtete Informationspunkte oder lokale Rundfunksender. Nur eine solche mehrdimensionale, vorausschauende und partizipative Kommunikationsstrategie wird den Herausforderungen einer

Trinkwassermangelkrise gerecht – und bildet das Rückgrat einer funktionierenden kommunalen Krisenvorsorge.

Frage 53:

Was sind die Stakeholder für Landkreise und Städten und Gemeinden in einer Trinkwassermangelkrise?

In einer Trinkwassermangelkrise stehen Landkreise und Städten und Gemeinden vor der komplexen Herausforderung, eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure zu koordinieren, deren Zusammenarbeit über den Erfolg oder Misserfolg der Krisenbewältigung entscheidet. Die beteiligten Stakeholder stammen aus ganz unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft – und genau diese Vielfalt ist zugleich Stärke und Herausforderung. Entscheidend ist, dass alle Beteiligten vorbereitet, vernetzt und handlungsfähig sind – und dass sie im Ernstfall vertrauensvoll und abgestimmt agieren.

Eine Schlüsselrolle kommt den Landkreisen und den Katastrophenschutzbehörden zu. Sie bilden die strategische Steuerungsebene, auf der Entscheidungen getroffen, Ressourcen verteilt und Maßnahmen koordiniert werden. Ihnen zur Seite stehen die Kommunalverwaltungen, die für die konkrete Umsetzung vor Ort zuständig sind und als direkte Schnittstelle zur Bevölkerung agieren. Gemeinsam tragen sie die Verantwortung dafür, dass die Maßnahmen sowohl effektiv als auch bürgernah umgesetzt werden.

Von zentraler Bedeutung sind auch die Wasserversorger und Abwasserbetriebe. Als Betreiber kritischer Infrastruktur müssen sie nicht nur auf Versorgungsausfälle vorbereitet sein, sondern auch in der Lage, Notversorgungen zu organisieren, Priorisierungen vorzunehmen und technische Lösungen bereitzustellen. Unterstützt werden sie dabei durch Hilfsorganisationen wie das Deutsche Rote Kreuz, das Technische Hilfswerk, die Malteser oder die Johanniter, die unter anderem die logistische Infrastruktur sichern, Notverteilungen organisieren und bei der Versorgung vulnerabler Gruppen helfen.

Feuerwehren und Polizei tragen in dieser Lage eine doppelte Verantwortung: Sie sichern nicht nur Gefahrenbereiche und übernehmen logistische Aufgaben, sondern spielen auch eine zentrale Rolle in der Kommunikation – etwa bei der Verbreitung

offizieller Informationen oder der Absicherung von Verteilpunkten. Das Gesundheitswesen ist mit Krankenhäusern, Pflegeheimen, Arztpraxen und Apotheken besonders schutzbedürftig, muss aber zugleich arbeitsfähig bleiben – und benötigt daher frühzeitige Einbindung in alle Maßnahmen zur Wasserversorgung und -verteilung.

Auch Unternehmen sind Teil der Lösung. Der Lebensmittelhandel, Logistikunternehmen und regionale Betriebe können Transportkapazitäten, Notstromaggregate, technische Ressourcen oder personelle Unterstützung bereitstellen. Die Wirtschaft verfügt über wichtige Mittel – von LKW-Flotten über Lagerhallen bis zu technischer Expertise – und sollte daher fest in kommunale Krisenstrukturen eingebunden sein.

Nicht weniger wichtig ist die Zivilgesellschaft. Kirchen, Vereine, Nachbarschaftsinitiativen und ehrenamtliche Helferinnen und Helfer verfügen über ein hohes Maß an sozialer Nähe, Flexibilität und lokalem Wissen. Sie können Versorgungslücken schließen, Informationen weitergeben, Hilfe koordinieren und Vertrauen schaffen – besonders in Situationen, in denen staatliche Strukturen überlastet sind. Medien und lokale Multiplikatoren spielen wiederum eine unverzichtbare Rolle für die Informationsweitergabe: Sie tragen dazu bei, dass relevante Hinweise verständlich und glaubwürdig bei den Menschen ankommen – auch über analoge Wege, wenn digitale Kanäle ausfallen.

Nicht zuletzt braucht es die Unterstützung der politischen Ebene – sowohl kommunal als auch landesweit. Bürgermeister, Gemeinderäte und Abgeordnete geben der Krisenreaktion Rückhalt, schaffen Legitimation und können durch öffentliches Auftreten Orientierung vermitteln. Ihre Rolle ist es, die strategischen Linien der Krisenkommunikation zu vertreten und gleichzeitig Signale der Handlungsfähigkeit und Verantwortungsübernahme auszusenden.

Nur wenn all diese Akteure gemeinsam, abgestimmt und auf Augenhöhe agieren, lässt sich eine Trinkwassermangelkrise wirksam bewältigen. Die Herausforderung ist zu groß, als dass sie von einzelnen Schultern getragen werden könnte. Es braucht eine vernetzte Krisenarchitektur – und ein klares Bewusstsein dafür, dass Resilienz immer das Ergebnis gemeinsamer Verantwortung ist.

KAPITEL VII

PRAXISTIPPS ZUR BEWÄLTIGUNG EINER TRINKWASSERMANGELKRISE

Frage 54:

Warum Risikokommunikation so wichtig für eine Trinkwassermangelkrise ist?

Eine Trinkwassermangelkrise trifft eine Gesellschaft in ihrem innersten Kern: beim elementarsten aller Güter – dem sauberen Wasser. Doch anders als ein Stromausfall kündigt sich Wasserknappheit häufig nicht abrupt an, sondern entwickelt sich schleichend. Genau deshalb kommt der Risikokommunikation eine so zentrale Rolle zu. Sie soll nicht nur aufklären, sondern auch mobilisieren – und damit die Grundlage schaffen für ein gemeinsames, verantwortungsvolles Handeln in der Krise.

Kommunale Kommunikation darf sich dabei nicht auf technische Warnungen oder bloße Appelle beschränken. Erfolgreiche Risikokommunikation holt die Menschen dort ab, wo sie leben, entscheiden und handeln – im Alltag. Sie macht sichtbar, dass Wasserknappheit kein fernes Problem ist, sondern jede Region treffen kann. Sie vermittelt, dass Vorsorge nicht nur Sache der Behörden ist, sondern eine gemeinsame Aufgabe von Verwaltung, Bevölkerung, Wirtschaft und Bildungseinrichtungen. Vor allem aber schafft sie Akzeptanz für notwendige Maßnahmen – und ermutigt zur Mitwirkung.

Entscheidend ist eine Sprache, die verständlich, lebensnah und motivierend ist. Grafiken im Amtsblatt, kurze Videoclips für Social Media, Postkarten mit Spartipps, Erklärflyer im Wartezimmer des Bürgerbüros oder Infoseiten auf der kommunalen Webseite können gezielt dafür sorgen, dass das Thema präsent bleibt. Auch kreative Anlässe – etwa ein "Wasser-Aktionstag", Infoveranstaltungen oder Mitmachprojekte – stärken das Bewusstsein und regen zum Nachdenken an.

Frage 55:

Wie kann die Bevölkerung zum Wassersparen angeregt werden?

Die wichtigste Ressource in einer Trinkwassermangelkrise ist nicht nur das Wasser selbst, sondern die Bereitschaft der Bevölkerung, verantwortungsvoll damit

umzugehen. Bürgerinnen und Bürger lassen sich dann zur Mitarbeit gewinnen, wenn sie verstehen, warum ihr Verhalten zählt – und wie sie konkret etwas bewirken können. Die Herausforderung besteht darin, aus abstraktem Risikobewusstsein konkrete Alltagshandlungen werden zu lassen.

Ein kommunikatives Ziel sollte daher sein, plastisch zu vermitteln, warum Wasserknappheit nicht nur in Südeuropa ein Thema ist, sondern auch „uns hier“ ganz real betrifft. Spartipps sollten dabei nicht moralisch oder belehrend daherkommen, sondern alltagsnah, pragmatisch und motivierend: ob beim Duschen, im Garten, beim Autowaschen oder bei der Auswahl technischer Ausstattungen im Haushalt. Auch Hinweise zum richtigen Verhalten bei Einschränkungen – etwa bei Gießverböten oder der Stilllegung öffentlicher Brunnen – sind hilfreich und fördern die Bereitschaft zur Mitwirkung.

Ein besonders wirkungsvoller Ansatz ist die Kombination von Informationsarbeit mit bürgernahen Kontaktpunkten. So können etwa Wassersparhinweise im Rahmen von Baugenehmigungen mitgegeben werden oder Hinweise zur Regenwassernutzung und Grauwasserverwendung in Beratungen rund um Hausbau und Sanierung einfließen. Postkarten, Comics oder Social-Media-Kampagnen tragen dazu bei, das Thema spielerisch und dennoch wirksam zu verankern.

Frage 56:

Wie können Hausbesitzerinnen und Bauherren gezielt angesprochen werden?

Bauherren und Hausbesitzer gestalten die Wassernutzung einer Kommune unmittelbar mit. Sie entscheiden über Versiegelung oder Begrünung, über Technik und Regenwassernutzung, über Brunnenbau oder Schwammstadtelemente. Deshalb ist es sinnvoll, diese Zielgruppe frühzeitig und gezielt anzusprechen – etwa über einen Bauherrenratgeber, der gemeinsam mit der Baugenehmigung überreicht wird.

Ein solcher Ratgeber kann praktische Empfehlungen zur Regenwassernutzung, zum Einbau von Zisternen oder zu wassersparender Technik im Haushalt geben. Er kann auch aufzeigen, warum der Trend zum privaten Brunnen kein Allheilmittel ist – und in vielen Regionen sogar zur weiteren Verschärfung des Problems beiträgt. Die Integration wasserbezogener Vorgaben in Bebauungspläne – etwa zur Entsiegelung oder Begrünung – kann kommunalpolitisch flankiert werden und sollte kommunikativ

durch eine verständliche und positive Informationsstrategie begleitet werden. Denn wer versteht, warum seine Entscheidungen relevant sind, ist eher bereit, Verantwortung zu übernehmen.

Frage 57:

Wie kann die Landwirtschaft bei der Vorsorge gegen Wasserknappheit unterstützt werden?

Landwirtschaftliche Betriebe gehören zu den größten Wasserverbrauchern – und sind zugleich durch zunehmende Trockenheit, versiegende Brunnen oder Nutzungskonkurrenzen besonders stark betroffen. Gerade deshalb ist es essenziell, diese Zielgruppe mit spezifischen Informationen, fundierter Beratung und gezielten Förderangeboten zu erreichen. Kommunikation muss hier fachlich versiert, lösungsorientiert und handlungspraktisch sein.

Ein zentrales Thema ist die technische Modernisierung: Tröpfchenbewässerung, präzise Steuerungstechnik oder Wasserspeicherung können dazu beitragen, mit deutlich weniger Wasser auszukommen. Gleichzeitig sind viele Betriebe auf verlässliche Prognosen zur regionalen Wasserverfügbarkeit angewiesen – etwa zur langfristigen Bewirtschaftungssicherheit. Informationen zu Förderprogrammen, Beratung durch Landwirtschaftskammern und Kontakte zu Ansprechpersonen für Krisensituationen sollten deshalb kompakt, verständlich und zugänglich aufbereitet sein – zum Beispiel in Form von Fachinfo-Blättern mit QR-Codes oder Online-Links.

Frage 58:

Wie können Schulen und Kitas das Thema Wasserknappheit aufgreifen?

Kinder und Jugendliche sind nicht nur die Gesellschaft von morgen, sondern bereits heute ein entscheidender Faktor für Bewusstseinsbildung in Familien und Nachbarschaften. Deshalb sollten Bildungseinrichtungen das Thema Wasser frühzeitig, spielerisch und nachhaltig in ihre Bildungsarbeit integrieren. Die pädagogische Auseinandersetzung mit dem Wasserkreislauf – insbesondere mit den Flüssen, Seen und Teichen der Heimat – schafft regionale Identität und vermittelt ein realistisches Bild von Ressourcenabhängigkeit.

Fragen wie „Was bedeutet Wasserknappheit für uns?“ oder „Was können wir tun, um Wasser zu schützen?“ lassen sich mit altersgerechten Methoden bearbeiten – etwa durch Schulprojekte wie „Wasserdetektive“, durch den Bau von Regentonnen oder durch Aktionstage rund um das Thema Nachhaltigkeit. Wichtig ist, dass die Angebote sowohl inhaltlich fundiert als auch didaktisch vorbereitet sind – z. B. durch Arbeitsblätter, Plakate oder vorbereitete Unterrichtseinheiten für Lehrkräfte. So wird Wasserbildung zu einem wirksamen Teil kommunaler Resilienzstrategie.

Frage 59:

Was sollten Verwaltungen strategisch zur Wasserknappheit wissen und vorbereiten?

Stadt- und Gemeindeverwaltungen tragen eine besondere Verantwortung bei der Bewältigung von Wasserknappheit. Sie sind nicht nur für die technische Infrastruktur, sondern auch für Bauleitplanung, Grünflächenpflege, Öffentlichkeitsarbeit und Krisenkommunikation zuständig. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, braucht es eine frühzeitige strategische Auseinandersetzung mit Ursachen, Folgen und Handlungsmöglichkeiten.

Dabei stellt sich nicht nur die Frage, wer im Ernstfall besonders betroffen ist, sondern auch, wie die Kommune bereits heute Wassereinsparung systematisch mitdenken kann – etwa durch Begrünungskonzepte, Entsiegelung, Umrüstung der Infrastruktur oder durch wasserbewusste Vorgaben in Bebauungsplänen. Ebenso wichtig ist der Aufbau funktionierender Kommunikationsketten für den Krisenfall: Wer informiert wen, wann, wie? Welche Zuständigkeiten gelten in der Phase der Eskalation? Und welche Informationen müssen an welche Zielgruppen ausgesteuert werden?

Städten und Gemeinden benötigen dafür ein Set aus internen Schulungsunterlagen, praxisnahen Ablaufplänen und Checklisten – sowie ein kommunales Handbuch, das alle relevanten Fragen bündelt. So gelingt es, Krisenmanagement nicht dem Zufall zu überlassen, sondern als Führungsaufgabe strategisch zu verankern.

Frage 60:

Wie kann die Bevölkerung frühzeitig informiert werden?

Frühzeitige Information ist entscheidend, um Panik zu vermeiden und freiwillige Verhaltensänderungen anzustoßen. Eine mehrstufige Kommunikationsstrategie sollte lokale Medien, soziale Netzwerke, Gemeindebriefe, Websites der Städten und Gemeinden und Lautsprecherdurchsagen umfassen. Besonders wichtig: einfache Sprache, wiederholte Kernbotschaften, glaubwürdige Sprecher wie der Landrat oder Feuerwehrchefs. Zudem sollten Wasserspar-Tipps und Szenarien transparent gemacht werden.

Frage 61:

Gibt es kurzfristige Möglichkeiten, den Wasserverbrauch zu senken?

Es kann kurzfristig über Appelle und öffentliche Kommunikation eine Reduzierung erzielt werden, beispielsweise durch Verzicht auf Autowäsche, Gartenbewässerung, Poolnutzung oder das Befüllen von Planschbecken. Parallel dazu können gezielte Anreize geschaffen werden – etwa Rabattprogramme für wassersparende Geräte oder Wettbewerbe zwischen Gemeinden. Die Verwaltung sollte selbst mit gutem Beispiel vorangehen (z. B. kein Rasensprengen, reduzierte Straßenreinigung).

Frage 62:

Welche Rolle spielen Städten und Gemeinden in der Vorbereitung?

Städten und Gemeinden sind zentrale Akteure: Sie verfügen über lokale Wasserdaten, kennen die Schwachstellen im Netz und können die operative Umsetzung von Maßnahmen steuern. Wichtige Aufgaben sind: Überprüfung von Notbrunnen und alternativen Bezugsquellen, Sicherstellung von Notfallplänen, Koordination mit Stadtwerken, Monitoring-Systeme aufbauen, Einsatzpläne für Krisenstäbe vorbereiten.

Frage 63:

Sollte die Landwirtschaft einbezogen werden?

Die Landwirtschaft gehört zu den größten Wasserverbrauchern. Frühzeitige Gespräche mit den Bauernverbänden und größeren Betrieben helfen, Verständnis zu erzeugen und freiwillige Maßnahmen zu vereinbaren, etwa Anbauumstellungen,

reduzierte Berechnungszeiten oder abgestufte Notfallpläne. Auch Fragen der Tierhaltung und Futterversorgung müssen berücksichtigt werden.

Frage 64:

Wie kann ein Wassersparzwang durchgesetzt werden?

Ein Wassersparzwang lässt sich in der Praxis nur dann wirkungsvoll durchsetzen, wenn er nicht allein als behördliche Anordnung, sondern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden und kommuniziert wird. Zunächst sollte über öffentliche Appelle und intensive Aufklärung ein Bewusstsein für die Notwendigkeit des Wassersparens geschaffen werden. Das kann durch lokale Medien, soziale Netzwerke, persönliche Ansprachen durch Bürgermeister oder Feuerwehr, aber auch durch Hinweise auf Wasserrechnungen, Aushänge an öffentlichen Orten und direkte Ansprache in Einrichtungen erfolgen. Wenn sich die Lage weiter zuspitzt, muss aus der freiwilligen Reduktion eine verpflichtende Maßnahme werden. Hierfür sind rechtliche Grundlagen auf kommunaler Ebene notwendig, etwa in Form einer Allgemeinverfügung oder Sonderregelung auf Grundlage des Wasserhaushaltsgesetzes oder kommunaler Gefahrenabwehrgesetze. Die Einhaltung solcher Regelungen kann stichprobenartig durch Ordnungsämter oder Wasserbehörden überprüft werden – etwa durch gezielte Kontrollen von Gartenbewässerung, Autowäsche oder Poolnutzung. Wichtig ist jedoch, dass solche Maßnahmen von einer verständlichen, sachlichen und empathischen Kommunikationsstrategie begleitet werden, die nicht mit Drohungen, sondern mit Transparenz, Verantwortung und Solidarität arbeitet. Ziel muss sein, dass die Bevölkerung versteht, warum Einschränkungen notwendig sind, wie sie konkret umgesetzt werden sollen – und welchen Beitrag jeder Einzelne zur Stabilisierung der Versorgung leisten kann.

Frage 65:

Gibt es Vorsorgepläne für sensible Einrichtungen?

Einrichtungen wie Krankenhäuser, Pflegeheime, Dialysezentren und Kitas benötigen gesonderte Wassernotfallpläne. Diese sollten regeln, wie lange interne Vorräte reichen, wer bei Ausfall liefert (z. B. über THW oder Feuerwehr), welche technischen

Notlösungen (z. B. mobile Tanks) installiert werden und wie die Hygiene gewährleistet bleibt.

Frage 66:

Wie können Schulen eingebunden werden?

Schulen spielen eine doppelte Rolle: Erstens als Ort der Wissensvermittlung (Wasserverbrauch, Klima, Vorsorge), zweitens als potenzieller Ort für Wasserausgaben oder Treffpunkte in der Krise. Lehrer können Projektwochen zum Thema „Wasserknappheit“ veranstalten, Schüler zu „Wasser-Scouts“ ausbilden und gemeinsam Maßnahmen wie Spartage oder Infokampagnen starten.

Frage 67:

Wie lassen sich Unternehmen vorbereiten?

Gerade produzierende Unternehmen sollten ihre Wasserverbräuche analysieren und Notfallpläne erarbeiten: Welche Prozesse sind kritisch? Wo lässt sich Wasser einsparen oder recyceln? Welche Mindestmenge ist betriebsnotwendig? Empfehlenswert ist auch, die Kommunikation mit Städten und Gemeinden, IHK und anderen Betrieben zu suchen – z. B. über Arbeitsgruppen oder Workshops.

Frage 68:

Wer sollte in die Krisenvorbereitung einbezogen werden?

Ein robuster Krisenstab muss multidisziplinär aufgestellt sein: Vertreter aus Verwaltung, Feuerwehr, Polizei, Gesundheitsamt, Veterinäramt, Wasserwirtschaft, Landwirtschaft, Stadtwerken, THW, Schulträger, Pflegeheime und ggf. Bundeswehr oder DRK. Auch zivilgesellschaftliche Akteure wie Kirchen oder Nachbarschaftshilfe können wertvolle Netzwerke beisteuern.

Frage 69:

Gibt es eine Notwendigkeit zur Bevorratung von Trinkwasser?

Die individuelle Vorsorge der Bevölkerung ist unverzichtbar. Empfohlen wird die Lagerung von mindestens zehn Litern pro Person und Tag für zehn Tage, also 100 Liter. Die Behörden sollten dies aktiv kommunizieren und durch Aufklärung (z. B. mit BBK-Checklisten) und Aktionen (z. B. Info-Stände in Baumärkten) fördern.

Frage 70:

Sollte die Bevölkerung zur Eigenvorsorge animiert werden?

Eigenvorsorge kann Behörden massiv entlasten. Über öffentliche Kampagnen, Einbindung von Vereinen, Kirchen, Medien und gezielte Anreize (z. B. Gutscheine für Wasserspeicher) kann ein Kulturwandel hin zur Selbstverantwortung entstehen. Wichtig: keine Panik erzeugen, sondern über „vorsorgliches Handeln mit Maß“ kommunizieren.

Frage 70:

Wie kann eine Trinkwasserrationierung vorbereitet werden?

Versorger sollten Rationierungsszenarien entwickeln, beispielsweise durch Mindestmengen pro Haushalt, zeitweise Abschaltungen, Staffelpreise. Rechtliche Grundlagen (z. B. per Allgemeinverfügung) und technische Voraussetzungen (Zähler, Ventile, Druckregelung) müssen vorbereitet werden. Auch Kommunikation und Kontrolle müssen geklärt sein.

Frage 71:

Was ist mit Tourismus und Veranstaltungen?

In wasserarmen Zeiten müssen touristische Nutzungen (Campingplätze, Freizeitbäder, Festivals) überprüft und ggf. eingeschränkt werden. Die Veranstaltungsplanung sollte frühzeitig Kriterien für Absagen, Umplanungen oder Wassersparmaßnahmen enthalten. Wichtig ist die frühzeitige Kommunikation mit Veranstaltern und Gastgebern.

Frage 72:**Können bestehende Wasserspeicher erweitert werden?**

Kurzfristig ist das oft schwierig. Mittel- und langfristig sollten jedoch Investitionen in Speicherkapazitäten (z. B. Hochbehälter, Regenwasserrückhaltebecken, Notzisternen) geprüft werden – besonders in strukturschwachen oder topografisch benachteiligten Regionen. Auch dezentrale Speicherlösungen auf Gemeindeebene (z. B. Löschwasserbevorratung) sind sinnvoll.

Frage 73:**Wie ist die rechtliche Lage?**

Der Landkreis sollte gemeinsam mit dem Innenministerium, den Wasserbehörden und dem Gesundheitsamt die Rechtsgrundlagen prüfen und vorbereiten: Wer darf Wasserentnahme verbieten? Wie werden Ausnahmen geregelt? Welche Bußgelder drohen? Wichtig ist auch, dass diese Vorgaben kommuniziert, erklärt und sozial flankiert werden, um Akzeptanz zu sichern.

Frage 74:**Was passiert, wenn die Abwasserversorgung nicht mehr funktioniert?**

Ein Ausfall der Abwasserversorgung würde erhebliche gesundheitliche Risiken mit sich bringen. Wenn Abwasserleitungen nicht mehr regelmäßig durchgespült werden können – etwa weil zu wenig Wasser im System ist oder der Druck in den Netzen nicht mehr ausreicht – droht Rückstau, verbunden mit Geruchsbelästigungen und mikrobieller Belastung. Dadurch steigt das Risiko für Krankheitsausbrüche deutlich an. Besonders betroffen wären dicht besiedelte Quartiere, Pflegeeinrichtungen oder Schulen. Städten und Gemeinden müssen daher frühzeitig Notfallpläne vorhalten, die den Einsatz mobiler Toiletten, die dezentrale Verteilung von Desinfektionsmitteln sowie die regelmäßige Information der Bevölkerung zu hygienischem Verhalten umfassen. Auch das Gesundheitsamt muss in eine solche Lageplanung eingebunden sein, um eine mögliche Seuchenausbreitung schnell erkennen und eindämmen zu können.

Frage 75:**Wie lange reichen die vorhandenen Trinkwasservorräte noch?**

Die Reichweite der Trinkwasservorräte ist abhängig vom täglichen Verbrauch, der verfügbaren Speicherreserve und der Stabilität der Lieferketten. In einer Mangellage kann die Versorgung bei moderatem Verbrauchsverhalten unter Umständen noch einige Tage bis zwei Wochen aufrechterhalten werden. Diese Einschätzung kann sich jedoch täglich ändern und sollte auf einem regelmäßigen Wasserlagebild beruhen, das von den Versorgungsbetrieben gemeinsam mit den kommunalen Behörden erstellt und öffentlich kommuniziert wird. Je nach Dynamik der Situation kann es erforderlich sein, den Verbrauch weiter zu drosseln, etwa durch zeitweise Abschaltungen, Druckreduzierung im Netz oder – in letzter Konsequenz – durch eine gezielte Rationierung.

Frage 76:**Wie werden vulnerable Gruppen wie Ältere oder Pflegebedürftige mit Trinkwasser versorgt?**

Die Versorgung vulnerabler Gruppen hat im Fall einer Trinkwassermangellage oberste Priorität. Besonders betroffen sind ältere Menschen, chronisch Kranke und pflegebedürftige Personen, die oftmals weder mobil noch eigenständig versorgen können. Für sie muss eine verlässliche Notversorgung aufgebaut werden – zum Beispiel durch priorisierte Wasserlieferungen über Hilfsorganisationen wie das Rote Kreuz oder das THW, durch feste Verteilungspunkte an Pflegeheimen und Gesundheitszentren sowie durch die Einbindung von Nachbarschaftshilfe und mobilen Pflegediensten. Damit diese Abläufe im Ernstfall reibungslos funktionieren, sollte bereits in der Vorsorgephase eine koordinierte Erfassung dieser Gruppen erfolgen, selbstverständlich unter Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Vorgaben. Entscheidend ist zudem eine enge Zusammenarbeit zwischen den kommunalen Stellen, Hilfsorganisationen und dem sozialen Sektor.

Frage 77:**Wird es zu Todesfällen kommen?**

Ein Wassermangel in Kombination mit großer Hitze kann insbesondere bei älteren oder gesundheitlich vorbelasteten Menschen lebensbedrohliche Folgen haben. Dehydrierung, Kreislaufversagen oder Infektionen aufgrund mangelnder Hygiene zählen zu den Risiken, die mit zunehmender Dauer der Versorgungskrise steigen. Ob es zu Todesfällen kommt, hängt maßgeblich davon ab, wie schnell und entschlossen die Behörden handeln, wie gut vorbereitet die Hilfsdienste sind und ob es gelingt, die Bevölkerung rechtzeitig zu sensibilisieren und zu unterstützen. Eine konsequente Prävention – etwa durch gezielte Hitzeschutzpläne, regelmäßige Informationskampagnen und klare Notfallstrukturen – kann die Risiken erheblich reduzieren. Dennoch muss in der Lagebewertung mit einem erhöhten Mortalitätsrisiko gerechnet werden, sollte die Versorgung zusammenbrechen oder über längere Zeit unzureichend sein.

Frage 76:

Wie wirkt sich der Wassermangel auf die Lebensmittelversorgung aus?

Ein anhaltender Wassermangel hat direkte Auswirkungen auf die Landwirtschaft, die Lebensmittelindustrie und letztlich auf den Einzelhandel. Viele Kulturen, vor allem Gemüse und Obst, reagieren empfindlich auf Trockenheit. Ernteaufschläge, Qualitätsverluste und Produktionsstillstände in verarbeitenden Betrieben können die Folge sein. Hinzu kommt, dass Kühlketten gefährdet sind, wenn wasserabhängige Prozesse nicht mehr aufrechterhalten werden können. Auch in der Tierhaltung sind Einschränkungen zu erwarten, da Tiere regelmäßig mit Frischwasser versorgt werden müssen und ein Wassermangel dort schnell tierschutzrelevant wird. Für den Verbraucher bedeutet das: Die Verfügbarkeit von Frischprodukten wird abnehmen, die Preise werden steigen, bestimmte Produkte könnten vorübergehend knapp werden. Um Versorgungsengpässe und soziale Unruhe zu vermeiden, sollten Lebensmittelketten frühzeitig eingebunden, Mindestmengen vertraglich gesichert und – wo nötig – Verteilkonzepte vorbereitet werden.

Frage 77:

Darf die Industrie weiter produzieren?

In einer akuten Trinkwassermangellage muss zwischen systemrelevanter und nicht systemrelevanter Industrie unterschieden werden. Unternehmen mit hohem Wasserverbrauch – etwa aus der Chemie-, Textil- oder Lebensmittelbranche – müssen ihren Verbrauch deutlich reduzieren oder ihre Produktion ganz einstellen, sofern sie nicht zur kritischen Infrastruktur zählen. Gleichzeitig sind Ausnahmeregelungen möglich, etwa für Betriebe, die Produkte für das Gesundheitswesen, die Energieversorgung oder die Grundversorgung herstellen. Die Behörden können dies über Allgemeinverfügungen oder Notverordnungen regeln. Es empfiehlt sich, bereits im Vorfeld gemeinsam mit Industrie- und Handelskammern branchenspezifische Notfallpläne zu erarbeiten, in denen festgelegt wird, welche Produktionslinien vorrangig sind, wie mit Wasserengpässen umgegangen wird und welche Alternativen zur Frischwassernutzung denkbar sind – etwa über geschlossene Wasserkreisläufe oder den Rückgriff auf Brauchwasser.

Frage 78:

Welche Umweltrisiken bestehen bei anhaltender Dürre?

Eine langanhaltende Dürreperiode wirkt sich tiefgreifend auf das ökologische Gleichgewicht aus. Sinkende Pegelstände in Flüssen, Seen und Grundwasserleitern führen nicht nur zur Austrocknung von Lebensräumen, sondern auch zur Erwärmung der verbleibenden Wasserkörper. Dies begünstigt Sauerstoffmangel, Algenblüten und das Fischsterben. Amphibien und Wasservögel verlieren ihre Rückzugsorte, die Biodiversität nimmt ab. Gleichzeitig geraten auch Wälder unter Stress: Bäume mit bereits geschwächtem Immunsystem sind anfälliger für Schadinsekten, insbesondere den Borkenkäfer. In der Folge drohen massive Waldschäden, die wiederum die Gefahr von Waldbränden erhöhen. Auch für die Landwirtschaft und den Bodenhaushalt sind die Folgen gravierend. Ausgetrocknete Böden verlieren an Bindungskraft, was die Erosionsgefahr erhöht. In urbanen Gebieten kann eine fortgesetzte Grundwasserabsenkung sogar die Bausubstanz gefährden. All das zeigt: Eine Dürre ist nicht nur ein Versorgungsthema, sondern eine komplexe ökologische und wirtschaftliche Herausforderung, die langfristiges Monitoring, vorausschauendes Handeln und gezielte Schutzmaßnahmen erfordert.

Frage 78:**Wie wird die Wasserverteilung organisiert?**

In einer akuten Trinkwassermangellage ist die flächendeckende Verteilung von Wasser an die Bevölkerung eine der zentralen Herausforderungen. Sie erfolgt in der Regel dezentral, um Reichweite, Geschwindigkeit und Erreichbarkeit sicherzustellen. Lokale Notverteilungsstellen, etwa bei Feuerwachen, Rathäusern, Schulen oder durch mobile Einheiten des THW, dienen dabei als feste Anlaufpunkte. Dort können Bürger zu definierten Zeiten Trinkwasser abholen, wobei die Ausgabe durch Einsatzkräfte, Ehrenamtliche oder Verwaltungspersonal kontrolliert und gesteuert wird. Zusätzlich kommen mobile Tankfahrzeuge zum Einsatz, die gezielt Ortsteile anfahren, die keinen Zugang zu einem festen Verteiler haben oder in denen besonders viele vulnerable Menschen leben. Notbrunnen und provisorisch erschlossene Wasserquellen werden bei Bedarf eingebunden, sofern die hygienische Qualität gewährleistet werden kann. Entscheidend ist, dass die Wasserverteilung geordnet, transparent und für alle nachvollziehbar abläuft.

Frage 79:**Welche Mengen dürfen pro Haushalt verteilt werden?**

Die im Krisenfall zulässige Wassermenge pro Haushalt wird auf Grundlage von Erfahrungswerten, der Bevölkerungsstruktur und den verfügbaren Ressourcen festgelegt. Üblich ist eine Rationierung von etwa zehn bis fünfzehn Litern pro Person und Tag – eine Menge, die für Trinken, Kochen und grundlegende Hygiene ausreicht. Die Zuteilung erfolgt anhand von Haushaltsgrößen und – sofern vorhanden – anhand registrierter Bedarfsmeldungen, etwa bei vulnerablen Gruppen. In Ausnahmefällen kann die Zuteilung angepasst werden, etwa bei pflegebedürftigen Personen, Säuglingen oder medizinischen Notlagen. Wichtig ist, dass die Kriterien für die Rationierung frühzeitig und klar kommuniziert werden, um Vertrauen in die Gerechtigkeit der Maßnahme zu sichern und Konflikte vorzubeugen.

Frage 80:**Was geschieht mit Menschen ohne Transportmittel?**

Haushalte ohne eigene Mobilität dürfen nicht von der Versorgung ausgeschlossen werden. Hier kommen Hilfsorganisationen, Ehrenamtliche, Sozialdienste und Nachbarschaftshilfen ins Spiel, die gezielt zu diesen Menschen Kontakt aufnehmen und eine häusliche Versorgung sicherstellen. Der Einsatz von mobilen Verteilteams, Koordination durch Pflegedienste oder der Aufbau lokaler Versorgungsnetze durch die Kommune sorgen dafür, dass auch isolierte oder immobile Personen – etwa ältere Menschen, Menschen mit Behinderung oder Alleinlebende – regelmäßig mit der notwendigen Wassermenge versorgt werden. Grundlage dafür ist idealerweise ein bereits in der Vorsorgephase aufgebautes Verzeichnis hilfsbedürftiger Haushalte, das im Krisenfall aktiviert und ergänzt werden kann.

Frage 81:

Wie werden kritische Einrichtungen priorisiert?

Einrichtungen mit systemischer Bedeutung wie Krankenhäuser, Pflegeheime, Dialysezentren, Apotheken oder Betreuungseinrichtungen für Menschen mit Behinderung werden in der Wasserverteilung grundsätzlich priorisiert. Sie benötigen größere Mengen Wasser pro Tag, nicht nur für Trinkzwecke, sondern auch für medizinische Versorgung, Hygiene, Reinigung und die Aufrechterhaltung ihrer Grundfunktion. Die Koordinierung erfolgt über die kommunale Einsatzleitung in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt, den Trägern der Einrichtungen und den Wasserversorgern. In vielen Fällen werden diese Einrichtungen direkt beliefert oder erhalten eigene Notbrunnen, um nicht mit der Allgemeinbevölkerung an Verteilungspunkten konkurrieren zu müssen.

Frage 82:

Wie wird die öffentliche Ordnung gesichert?

Die Verteilung von knappen Ressourcen wie Trinkwasser kann soziale Spannungen hervorrufen. Um die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten, wird die Polizei in das Verteilungskonzept eingebunden. Ihre Aufgaben reichen von der Verkehrsregelung über die Präsenz an Verteilstellen bis zur Verhinderung von Vordrängeln, Hamsterkäufen oder gar Diebstahl. Bei Bedarf können auch kommunale Ordnungsdienste oder Sicherheitsdienste unterstützen. Entscheidend ist ein

einheitliches und besonnenes Auftreten, das deeskalierend wirkt. Gleichzeitig sollten die Verteilmechanismen transparent und gerecht organisiert sein, um Konflikte gar nicht erst entstehen zu lassen.

Frage 83:

Gibt es Alternativen zur Trinkwassernutzung in der Hygiene?

In einer Wassermangellage müssen nicht alle hygienischen Anwendungen zwingend mit Trinkwasser erfolgen. Der Einsatz von sogenanntem Grauwasser – also Wasser aus Duschen oder Waschmaschinen, das aufbereitet wurde – kann beispielsweise für Toilettenspülung oder Außenreinigung genutzt werden. Darüber hinaus helfen eingeschränkte Waschzeiten, gemeinschaftlich genutzte Waschmöglichkeiten oder die Verteilung von Hygienepaketen mit Desinfektionstüchern, Flüssigseife und Händedesinfektionsmittel dabei, ein Mindestmaß an Hygiene aufrechtzuerhalten. Besonders wichtig ist die gezielte Aufklärung der Bevölkerung, welche Hygienepraktiken auch unter eingeschränkten Bedingungen gesundheitlich sicher sind.

Frage 84:

Wie bleibt die medizinische Versorgung gesichert?

Die medizinische Versorgung hängt in hohem Maß von einer stabilen Wasserversorgung ab – nicht nur für die Patientenversorgung, sondern auch für Sterilisation, Reinigung und sanitäre Prozesse. Um Ausfälle zu vermeiden, stimmen sich die kommunalen Krisenstäbe eng mit den Leitungsebenen von Kliniken, Pflegeeinrichtungen, Apotheken und medizinischen Versorgungszentren ab. Gemeinsam werden Notfallpläne aktiviert, in denen Wasserkontingente, Lieferrhythmen, Prioritäten und Ersatzlösungen festgelegt sind. In einzelnen Fällen kann es notwendig sein, Ressourcen zwischen Einrichtungen umzuverteilen oder temporär medizinische Leistungen zu verlagern.

Frage 85:

Wie kann Wasser extern beschafft werden?

Sollte die lokale Versorgung an ihre Grenzen stoßen, können zusätzliche Wassermengen über Nachbarkreise, das Land oder den Bund bereitgestellt werden. Die Koordination erfolgt über die jeweils zuständige Krisenstäbe, oft in enger Abstimmung mit dem Landesinnenministerium oder dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK). Je nach Situation können Wassertransporte mit Tankfahrzeugen, mobile Wasseraufbereitungsanlagen oder Zuleitungen über überregionale Netzwerke aktiviert werden. Auch die Bundeswehr kann bei logistischen Herausforderungen unterstützen.

Frage 86:

Wie wird mit Fake News und Panik umgegangen?

In einer angespannten Lage ist die gezielte und glaubwürdige Kommunikation eine der wirksamsten Maßnahmen gegen Verunsicherung und Falschinformationen. Der Landkreis sollte regelmäßig Pressekonferenzen abhalten, aktuelle Lageeinschätzungen transparent veröffentlichen und über eine zentrale Informations-Hotline sowie soziale Medien für alle Fragen erreichbar sein. Wichtig ist auch die gezielte Einbindung lokaler Multiplikatoren – etwa Bürgermeister, Feuerwehrleute oder Ärzte – die mit hoher Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung verankert sind. Ziel ist es, das Vertrauen der Bevölkerung zu stärken und gleichzeitig eine kohärente, faktenbasierte und empathische Kommunikation aufrechtzuerhalten.

Frage 87:

Wie reagieren Versorgungsunternehmen?

Wasserversorger stellen in der Krise auf einen besonderen Betriebsmodus um. Dabei wird der Wasserdruck im Netz kontrolliert abgesenkt, um Verluste durch Leckagen zu reduzieren und das verbleibende Wasser gleichmäßig zu verteilen. Teilweise werden Sperrzeiten eingeführt, in denen bestimmte Stadtteile oder Regionen vorübergehend vom Netz genommen werden. Kritische Infrastrukturen wie Krankenhäuser oder Einsatzkräfte werden in dieser Phase bevorzugt beliefert. Gleichzeitig stehen Versorgungsunternehmen in ständigem Austausch mit dem Krisenstab, um Lageveränderungen sofort in operative Maßnahmen umzusetzen. Technische Teams bleiben rund um die Uhr einsatzbereit, um Störungen schnell beheben zu können.

Frage 88:**Welche Unterstützungsleistungen gibt es für die Bevölkerung?**

Um die Lebensgrundlagen der Bevölkerung auch unter eingeschränkter Wasserversorgung aufrechtzuerhalten, werden eine Vielzahl von Unterstützungsmaßnahmen bereitgestellt. Dazu gehören die Einrichtung von öffentlichen Dusch- und Waschstellen, die Verteilung von Wasserkanistern oder Trinkflaschen sowie – bei länger andauernder Krise – der Betrieb mobiler Küchen, die zentral warme Mahlzeiten zubereiten und ausgeben. In besonders betroffenen Regionen kann auch eine temporäre Evakuierung oder Unterbringung in besser versorgten Gebieten notwendig werden. Wichtig ist, dass diese Angebote klar kommuniziert, gut erreichbar und sozial verträglich organisiert sind.

Frage 89:**Was ist mit Haustieren und Nutztieren?**

Auch Tiere benötigen in einer Mangellage eine gesicherte Versorgung. Haustierhalter werden frühzeitig aufgefordert, Wasservorräte auch für ihre Tiere einzuplanen. Landwirte und Tierhalter erhalten spezielle Rationen, die über Veterinärämter oder Landwirtschaftskammern koordiniert und durch THW oder Feuerwehr verteilt werden können. Die Versorgung landwirtschaftlicher Tierbestände wird dabei in enger Abstimmung mit den jeweiligen Betrieben organisiert, um Tierwohl und Lebensmittelsicherheit nicht zu gefährden. In Einzelfällen kann es notwendig sein, Tierbestände zu reduzieren oder temporär in andere Regionen zu verlegen.

Frage 90:**Welche Lehren werden gezogen?**

Nach einer überstandenen Wassermangellage ist eine umfassende Auswertung unabdingbar. Der Krisenstab sollte in einer strukturierten Nachbereitung analysieren, was gut funktioniert hat, wo es Engpässe gab und welche Maßnahmen künftig besser vorbereitet sein müssen. Ziel ist es, die Resilienz der Wasserversorgung dauerhaft zu erhöhen – etwa durch den Ausbau von Rückgewinnungssystemen, die Erschließung

neuer Brunnen, den Bau zusätzlicher Hochbehälter oder die Einführung digitaler Frühwarnsysteme. Ebenso sollten gesetzliche Rahmenbedingungen, kommunale Verordnungen und die Einbindung der Bevölkerung überprüft und gegebenenfalls angepasst werden, um für künftige Extremwetterlagen besser gewappnet zu sein.